ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Nr. 3/2010 | 36. Jahrgang | 2,30 €

Atomwaffen-Überprüfungskonferenz: Hoffnung auf Umkehr enttäuscht!

Titel

NPT-Überprüfungskonferenz: Hoffnung auf Umkehr enttäuscht! 4

Antimilitarismus

Den Einfluss der Bundeswehr auf die Schule zurückdrängen!
Die Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Schule im NRW-Wahlkampf 10

„Guten Tag, wir sind vom Mars!“
Husum: Friedensaktivistin wegen Raketenzugblockade verurteilt 12

„Wir brauchen neue kreative Aktionsformen“
Interview mit Stefan Schultheiß, Koordinator von PAXX 2010, der von der DFG-VK initiierten Aktionskonferenz vom 29. Oktober bis 1. November in Mannheim 14

„Einsatznah ausbilden“ mit NS-Pressechef
Führender NS-Propagandist als Ghostwriter von Bundeswehr-Ausbildungsmaterial 15

Kolumne von Tobias Pflüger 18

Kriegsdienstverweigerung

KDV europaweit als Recht anerkennen
Interview mit Alexia Tsouni, Generalsekretärin des European Bureau for Conscientious Objection (EBCO) 16

Der Wesenskern von CDU/CSU
„Rückzugsgefechte“ um die Wehrpflicht 18

Wehrpflicht im zweiten Halbjahr 2010
Hinweise für Kriegsdienstverweigerer und KDV-BeraterInnen 19

Material

Für den Frieden werben!
Material online im DFG-VK-Webshop bestellen 2

Briefe 19

Impressum 21

Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!

Nach der jüngsten Afghanistan-Konferenz von hochrangigen Ministern der kriegführenden Staaten im Juli in Kabul kam selbst der Moderator der ARD-Tagesthemen nicht umhin, nach dem Sinn und den Ergebnissen der Konferenz zu fragen. Das von den Staatenvertretern und dem durch sie mit Wahlfälschung eingesetzten und mit Militär an der Regierung gehaltenen Präsidenten Karsei verkündete Ergebnis, dass die Nato-Truppen 2014 die Verantwortung an afghanische Behörden abgeben und abziehen wollten, wurden durch den Nato-Generalsekretär schnell wieder neutralisiert: Die Übergabe der Verantwortung heiße nicht, dass die Nato-Truppen auch das Land verlassen würden.

Den ersten Jahrestag des Massakers von Kunduz am 4. September wollen deshalb verschiedene Organisationen aus der Friedensbewegung zum Anlass nehmen, die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen in Afghanistan deutlich zu machen und für eine Beendigung des Krieges sowie zivile Hilfe zu streiten. In Verbindung mit dem Weltfriedens-/Antikriegstag am 1. September kann so z.B. intensiv für den Afghanistan-Appell der Friedensbewegung geworben werden. Bundesweit sollte der gemeinsame Text dazu genutzt werden, auf die Menschen zuzugehen und sie für den Einsatz zur Beendigung des Krieges zu werben. Mit möglichst vielen unterschiedlichen Aktivitäten bundesweit sollten auch DFG-VK-Aktive sich in diese Veranstaltungen mit einbringen oder eigene organisieren.

Geplante Aktivitäten sind u.a. auf unserer Internetseite unter ***www.dfg-vk.de/aktionen*** zu finden.

Passende Materialien können beim DFG-VK-Materialversand *Pazifix* bezogen werden, der jetzt auch online als Webshop erreichbar ist (siehe S. 22 in dieser **ZivilCourage**).

Monty Schädel
DFG-VK-Bundesgeschäftsführer

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenige Tage nach Erscheinen dieses Hefts jährt sich der 6. August 1945 zum 65. Mal, „der Tag, an dem Hiroshima verschwand“ (so der Titel des nach wie vor lesenswerten im Donat-Verlag erschienenen Buches von Shuntaro Hida). Der Tag, an dem erstmals eine Atombombe als Waffe in einem Krieg eingesetzt wurde. Die Wirkung war so fürchterlich, dass es eigentlich jedes Vorstellungsvermögen übersteigt. Auf einen Schlag wurde eine Großstadt ausgelöscht, 70.000 Menschen starben sofort, mindestens ebenso viele in der Zeit danach an den Folgen der tödlichen Strahlung. Das Sterben der Überlebenden und ihrer Nachkommen an dieser einen Bombe setzt sich bis heute fort. Diese vom US-Militär zynisch „little boy“ genannte Atombombe hat zusammen mit der, die drei Tage später auf Nagasaki abgeworfen wurde, die Welt verändert. Die Menschheit hat eine Waffe in die Hand genommen, mit der sie den ganzen Planeten Erde vernichten könnte. Und sie war in diesen 65 Jahren einige Male sehr nahe daran, das auch zu tun.

Im Mai kamen die Staaten in New York bei den Vereinten Nationen zur Überprüfungskonferenz des vor 40 Jahren geschlossenen „Vertrages zur Nichtverbreitung von Atomwaffen“ zusammen. Geringer geworden ist die Zahl der Atomwaffen besitzenden Staaten nicht seit dem Vertragsschluss, und von der im Vertrag eingegangenen Verpflichtung, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“, sind wir auch noch weit entfernt.

Gibt es dennoch Hoffnung? Marion Küpker war für die DFG-VK die ganze Konferenzdauer über in New York. Sie kann zumindest berichten, dass es ein weltweites Netz von Gruppen und Initiativen gibt, die sich für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt einsetzen. Den Staaten allein kann man diese Menschheitsherausforderung nicht überlassen, sondern man muss sie dazu auffordern, drängen, zwingen. Man? Wir!

Stefan Philipp

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, 0711-2155112, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de, www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-8871014, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto
BLZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum
Unterschrift

Foto: Ellen Davidson

Internationale Demonstration: 15.000 Menschen fordern zu Beginn der NPT-Konferenz in New York ernsthafte Abrüstungsverhandlungen über Atomwaffen

NPT-Überprüfungskonferenz: Hoffnung auf Umkehr enttäuscht!

Vom 3. bis 28. Mai fand in New York die Überprüfungskonferenz zum „Atomwaffensperrvertrag“ statt. Dieser 1970 in Kraft getretene und - außer von Indien, Israel und Pakistan - von allen 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ratifizierte „Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen“ (Non Proliferation Treaty – NPT) gilt als das wichtigste multilaterale Rüstungskontrollabkommen der Militärgeschichte. Marion Küpker, die internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atom- und Uranwaffen hat an der Konferenz teilgenommen und berichtet vom vielfältigen Engagement der zahlreich in New York vertretenen Nicht-Regierungsorganisationen.

Von Marion Küpker

Gespannt hoffte die Friedensbewegung auf die Ergebnisse dieser Überprüfungskonferenz zum Nicht-Verbreitungsvertrag über Atomwaffen bezüglich unserer bundesweiten Kampagne „Deutschland atomwaffenfrei bis 2010“ und zur erhofften Kehrtwende hin zur vollständigen weltweiten nuklearen Abrüstung durch den US-Präsidenten Barack Obama – endlich weg von dem Wahnsinn!

Diese Erwartungen wurden keineswegs erfüllt, und das alltägliche nukleare Bedrohungsszenario wurde auf der Konferenz noch sichtbarer. Trotzdem war diese Konferenz ein Meilenstein ganz anderer Art: Wir sind eine reale internationale Bewegung! Mein Erlebnisbericht beinhaltet auch Informationen über die so genannten Schurkenstaaten Iran und Nord-Korea, da gegen diese nach wie vor ein möglicher Ersteinsatz von Atomwaffen durch die westlichen Atommächte nicht ausgeschlossen wird.

Im Vorfeld der NPT-Konferenz

Abolition 2000 (siehe Kasten „Bunte Vielfalt in New York) leistete dieses Jahr Enormes. Gleich im Vorfeld fand unsere zweitägige Alternativkonferenz „No Nukes – Fund Human Needs! Keine Atomwaffen – investiert in menschliche Bedürfnisse!“ statt. Über eintausend Menschen fanden sich in der beeindruckenden Riverside Church, in der schon Martin Luther King und Nelson Mandela Reden hielten, ein. Hier in Harlem am Hudson und nicht im Hauptquartier der Vereinten Nationen am East River eröffnete am 30. April 2010 der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon den Beginn der einmonatigen Abrüstungskonferenz. Die Eröffnungsreden standen in der Tradition von Kings gewaltfreiem Kampf und der Verheißung, dass es bei der Abschaffung der Atomwaffen historisch um nichts Geringeres als die Abschaffung der Sklaverei gehe, und es wurde immer wieder auf die Unteilbarkeit unseres Kampfes gegen Atomwaffen und Militarismus hingewiesen.

So mochte Tomas Magnusson vom International Peace Bureau den Nicht-Verbreitungsvertrag noch nie, da er der Weltbevölkerung ein Gefühl von Kontrolle und Sicherheit vermittele und uns den militärisch-industriellen Komplex vergessen lasse. Das sei verkehrt, und dieser Vertrag sei zur Kontrolle über die anderen Länder und zur Weiterverbreitung der Atomenergie eingerichtet worden. Die weltweiten Rüstungsausgaben belaufen sich bereits auf über eine Billion US-Dollar – laut dem International Peace Bureau im Jahr 2009 genau 1.484 Milliarden US-Dollar –, wovon die Hälfte von den USA ausgegeben wird. 50 Milliarden Dollar betragen die US-Rüstungsausgaben für den nuklearen Bereich, d.h. für die Atomwaffen.

Zia Mian, der u.a. das Projekt Frieden und Sicherheit der Princeton Universität in Südasien leitet, sagte: „Wir können die Atomwaffen abschaffen, und nichts ändert sich!“ Er benennt, dass von den weltweiten Rüstungsausgaben 90 Prozent für konventionelle Waffen seien und nur 10 Prozent für nukleare; wir müssten daher aufhören, nur über Atomwaffen zu reden. 10 Prozent reichten nicht für die elementaren Bedürfnisse der Menschheit!

Und John Burroughs von der internationalen Anwaltsvereinigung gegen Atomwaffen (Ialana) benannte, dass der Atomwaffensperrvertrag nicht als Vertrag zur Abrüstung eingerichtet worden sei. Er besäße Doppel-, sogar Dreifach-Standards, und auch sei kein Überwachungssystem durch die IAEA (Internationale Atomaufsichtsbehörde) eingerichtet worden. Zusagen seien nicht genug, es bedürfe fester Regeln, die für alle gelten müssen.

Auf der Konferenz wurde bekannt gegeben, dass beachtliche 7 Millionen Unterschriften mit unseren Forderungen zur NPT-Konferenz gesammelt wurden. Im dortigen Workshop „Nuclear Weapons in Europe and the US & Nonviolent Resistance“ fand der erste Austausch über unseren Widerstand an den europäischen Atomwaffenstandorten statt. Am Sonntag, dem 4. Mai, demonstrierten wir mit 15.000 Menschen für unsere Forderungen zum NPT, wobei die Demo weder im Lokalteil der New York Times noch in anderen US-Zeitungen erwähnt wurde.

Um neben den Sonntags-Touristen auch die lokale Bevölkerung zu informieren, organisierte die War Resisters League, die US-amerikanische Schwesterorganisation der DFG-VK, eine Aktion zivilen Ungehorsams: Am Montag Morgen wurden in der Grand Central Station, dem großen Umsteigebahnhof in Manhattan, Flugblätter verteilt, was auf allen so genannten privaten Plätzen verboten sein soll. Achtzig Menschen machten auf ihren T-Shirts und Transparenten mit den Slogans „No Nukes - Begin with U.S.!“ und „Nuclear Weapons = Terrorism“ auf den Beginn der NPT-Konferenz aufmerksam; 25 AktivistInnen wurden vorübergehend festgenommen. Demgegenüber waren einzelne Bahnhofs-Seiteneingänge mit goldumrandeten und beleuchteten Werbetafeln gegen den an diesem Morgen bei den Vereinten Nationen erwarteten iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad bestückt. Mit den Worten „Er ist hier nicht willkommen“ neben dem Gesicht von Ahmadinedschad wurde Stimmung gemacht, und auf der Webseite wurde dazu aufgefordert, sich u.a. mit dem Rüstungskonzern Honeywell an dem Aufruf zum Wirtschaftsboykott gegen den Iran zu beteiligen.

Welcome to America – jetzt war ich wieder in den Vereinigten Staaten angekommen!

Bunte Vielfalt in New York

International nahmen über 2.000 Mitglieder aus 141 Nichtregierungsorganisationen (NRO) an der NPT-Konferenz der Vereinten Nationen im Mai in New York City teil, darunter gut vorbereitet 50 Aktive verschiedener Organisationen aus Deutschland. In *Abolition 2000* haben sich weltweit über 2.000 NROs mit dem Ziel vernetzt, die fünfjährlich stattfindende UN-Abrüstungskonferenz vor Ort zu begleiten, dort eigene Informations- und Vernetzungs-Workshops unter Einbeziehung interessierter Regierungsrepräsentantinnen durchzuführen, die NRO-Reden vor der UN-Generalversammlung abzustimmen und gemeinsame Ziele (z.B. die Atomwaffenkonvention) voranzubringen.

Die Verhandlungen beginnen

Überwältigend war das Angebot der täglichen Aktionen, und vieles lief parallel. Zum Glück hatte Abolition 2000 die Infrastruktur weiter verbessert: Gleich morgens trafen sich als erstes die Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) im so genannten Abolition Caucus, um die anstehenden Treffen vorzudiskutieren und letzte Terminänderungen anzukündigen. ProtokollantInnen erstellten Berichte für

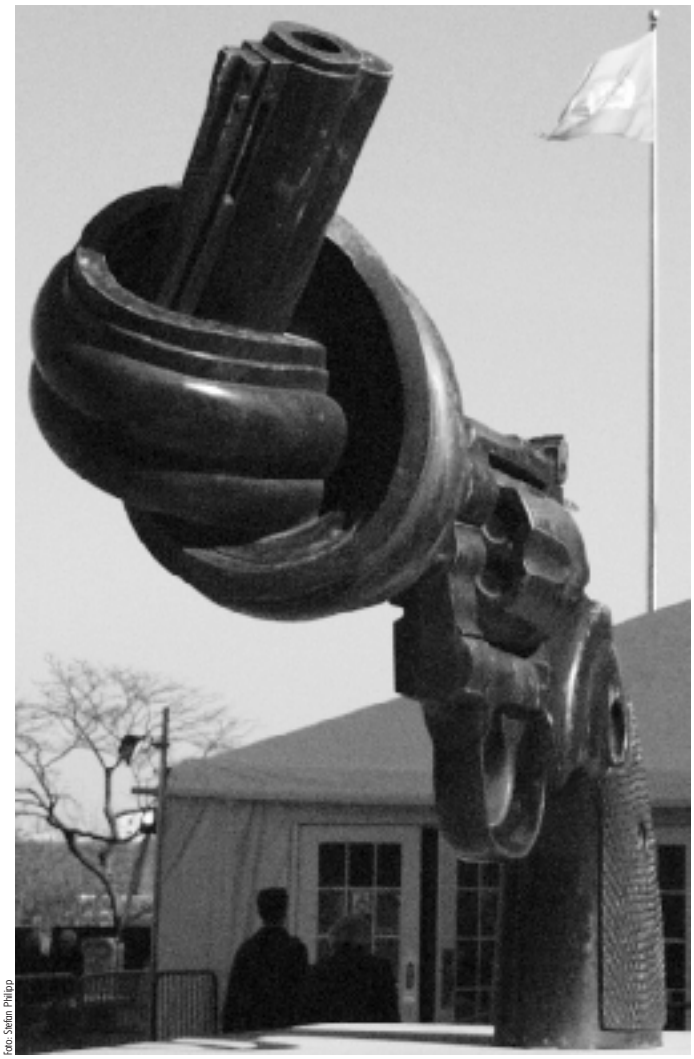


Foto: Stefan Philipp

Symbolträchtig: Besucher- und NRO-Eingang in die UN

den E-Mail-Verteiler, die Internet-Homepage und den Newsletter, der schriftlich gleich am kommenden Morgen allen zur Verfügung stand. Unsere persönliche Bekanntschaft durch frühere NPT-Konferenzen und andere Aktivitäten brachte die richtige Dynamik rein und die Sache ins Rollen.

Südkoreanische NRO zum Konflikt mit Nord-Korea

Im Workshop „Ent-Nuklearisierung der Koreanischen Halbinsel“ wurde von Spark (Solidarity for the Peace and Reunification of Korea), einer südkoreanischen Friedensorganisation, die sich für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung einsetzt – berichtet, dass in Südkorea regelmäßig US-Manöver direkt an der Grenze zu Nordkorea stattfinden und dass die US-Basis im Grenzgebiet auf das Doppelte vergrößert werden soll. Auch solle in Südkorea eine US-Raketen„abwehr“ (gegen China) aufgebaut und auf der südkoreanischen Insel Jeju eine neue Militärbasis für US-Flugzeugträger eingerichtet werden. Die koreanische Bevölkerung protestiere gegen diese Projekte, und 60 Prozent der südkoreanischen Bevölkerung wollen einen Friedensvertrag und den Abzug des US-Militärs sowie weg von dem so genannten nuklearen Schutzschirm, den die USA der südkoreanischen Marionetten-Regierung u.a. über nuklear bestückte U-Boote vor deren Küste bietet. Unter den oben benannten Voraussetzungen wolle auch Nordkorea die Wiedervereinigung und wäre bereit, auf ein eigenes Atomwaffenprogramm zu verzichten, aber in der jetzigen Situation fühle es sich bedroht. Eine Wiedervereinigung wie in Deutschland als (einseitige Übernahme) sei von beiden Seiten nicht gewollt. Überrascht waren die koreanischen RepräsentantInnen davon, dass auch in Europa von den südkoreanischen Friedensbemühungen und ihrer Sichtweise in den Medien nichts bekannt sei, da doch Europa die eigene Geschichte so gut aufgearbeitet hätte (u.a. in den Schulen).

Iranische Botschaft in New York

Der stellvertretende iranische Botschafter stand uns NROs Rede und Antwort. Er erklärte, dass einige Staatenvertreter bei der Rede von Ahmadinedschad am ersten Konferenz-Tag das Plenum an dem Punkt verlassen hätten, wo es um die Verantwortung der USA für Israels Atomwaffen gegangen sei. Ahmadinedschad habe dieses einen eindeutigen Verstoß gegen den NPT-Vertrag genannt, da es einen Akt der Weiterverbreitung darstelle. Auf die Fragen, warum der Iran überhaupt auf die gefährliche Atomenergie setze, wo doch erneuerbare Energien aus unserer Sicht die wirklichen zukünftigen Lösungen bieten würden, erklärte er, dass der Iran sein Atomenergieprogramm u.a. über Deutschland als NPT-Mitglied legal erhalten hat und dafür bereits umgerechnet 3 Milliarden Euro bezahlt wurden.

Erst als es bei der Lieferung der Brennelemente anhaltende Schwierigkeiten gegeben habe, hätte sich der Iran entschieden, eine – nach dem NPT legale – eigene Urananreicherungsanlage zu bauen. Es gehe dem Iran um seine Unabhängigkeit, und das Atomprogramm habe ihn viel Geld gekostet, wodurch es jetzt auch ökonomische Gründe gäbe, dieses fortzusetzen. Er glaube, dass der Iran daran gehindert werden soll, sich wirtschaftlich weiter zu entwickeln.

Geplant seien 10 bis 20 Atomkraftwerke, und deren Strom solle auch in viele andere Länder des Nahen Ostens exportiert werden. Der Strombedarf steige rasant, davon wollten auch sie profitieren. Die Gefahren der Atomenergie würden als beherrschbar eingeschätzt – hier halte sich der Iran an die IAEA, dessen Rolle es sei, die Sicherheit zu kontrollieren. Warum sonst sollten die Atommächte selbst nicht darauf verzichten wollen. Entweder sollten alle ein Recht auf Atomenergie haben, oder niemand.

Dem Iran gehe es um Vertrauen und dieses gehe nur in beide Richtungen: Natürlich sei „dual use“ möglich, aber während der Iran die IAEA zur Überprüfung der Anreicherungsanlage ins Land ließe, weigerten sich die USA generell, Inspektionen ihrer Anlagen vornehmen zu lassen. Dieses zeige die Doppelmoral und die Heuchelei derjenigen, die heute den Iran kritisierten.

US-Atomwaffen in Büchel und ganz Europa

Auch wenn Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, die US-Atomwaffen in Büchel in seiner Rede fast unberührt ließ, wurde in den Ausschüssen und unseren Workshops wiederholt über die rechtliche Situation der US-Atomwaffen in Europa und über mögliche Wege zum Abzug diskutiert.

Welmoed Verhagen von IKV Pax Christi Niederlande berichtete, dass die Atombomben strategisch irrelevant seien – so würden es die niederländischen F-16-Kampfflugzeuge mit ihrem Sprit gerade mal bis Ostdeutschland oder Schweden schaffen. Auch wäre die NPT-Konferenz der falsche Adressat, um über einen Ab-

zug zu entscheiden. Diese könne allenfalls eine Erklärung abgeben, dass diese Atomwaffen nicht gebraucht würden. Die Diskussion sollte allerdings in der Nato stattfinden, wo die Nuclear Planning Group die ultimative Autorität dazu habe, einen Abzug zu beschließen. Dort würden die Nato-Verteidigungsminister im Konsens entscheiden. Voraussichtlich im Sommer werde die neue Nato-Doktrin für den Ende Oktober in Portugal stattfindenden Nato-Gipfel formuliert, die dann für die kommenden 10 Jahre bindend sein soll. Hierzu gälte es, weiter Druck zu machen.

Russland und die US-Atomwaffen in Europa

Der Repräsentant des russischen Verteidigungsministeriums wurde gefragt, ob Russland in Verhandlungen zu weiteren nuklearen Abrüstungsschritten bereit sei, um einen Abzug der US-Atomwaffen aus Europa zu ermöglichen. Emotional erhitzt antwortete Oberst Sergey Shushlebin auf die aus seiner Sicht völlig verfehlte Frage:

Russland würde im Gegensatz zu den USA den NPT nicht brechen, da es seine Atomwaffen nur im eigenen Kerngebiet stationiert habe. Russland fühle sich durch diese „alten“ nuklearen US-Waffensysteme in Europa, die eingelagert und gesichert seien, nicht bedroht, was sich bei einer Modernisierung aber ändern würde. Er fragte, warum wir nicht eher die nukleare Teilhabe der Nato thematisieren würden. Wir sollten daran denken, dass nach dem Abzug beispielsweise aus Deutschland diese Atombomben in anderen Ländern wieder auftauchen könnten. Und wir sollten auch an die Abschaffung der Infrastruktur denken. Bisher gäbe es noch keine Position innerhalb der Nato. Wir sollten erst einmal das NPT-Abschlussdokument abwarten und auch die Ratifizierung des neuen Start-Vertrages über die Reduzierung strategischer Atomwaffen zwischen Russland und den USA. Wie könne Russland weiter abrüsten, solange dieser Vertrag noch nicht bindend sei? Der erste Schritt sei für ihn die Ratifizierung und der zweite wäre eine bilaterale Kommission, um über zukünftige Schritte zu reden, dabei würde er gern mit den USA zusammenarbeiten. In den Gesprächen sollte es um Sicherheitsgarantien und vertrauensbildende Maßnahmen gehen.

Fotos auf dieser Seite: Ben Davidson

Ziviler Ungehorsam: Flugblattaktion der War Resisters League

„Die in“-Aktion in der Grand Central Station

Er sei genervt von der ewigen Reduzierung auf das Zählen der Atomsprengköpfe, wo doch Russland von 1.000 Militärbasen umzingelt sei. Er kenne das Problem der Gefahr durch die neuen konventionellen Waffen in Europa, wogegen genauso etwas geschehen müsse. Wie stimmig sei es, dass sich die US-Militärausgaben erhöht hätten? Solle auch Russland seine erhöhen? Russland diskutiere gerade über gravierende Kürzungen seiner Ausgaben.

Von den weltweiten Rüstungsausgaben entfielen 70 Prozent auf die Nato, allein 50 Prozent auf die USA und nur 4,5 auf Russland. Die Nato habe 26.000 Panzer in Europa, 15 neue F35-Kampfflugzeuge... – wofür?!

„Nato out of area“ sei ein großes Problem. In Skandinavien, das an Russland angrenzt, sollen allein in den letzten Jahren 30 Nato-Manöver stattgefunden haben. In Norwegen soll 2001 heimlich ein Radar für die Raketen„abwehr“ aufgebaut worden sein.

Greg Mello aus der Los-Alamos- Study-Group ergänzte zum Thema konventionelle Waffen: Die Waffen insgesamt werden immer kleiner und können tiefer in Ziele eindringen. Die neuen Fähigkeiten der konventionellen Waffen seien bedrohlich, da sie über Satelliten und Radar wesentlich zielgenauer seien. Auch würden neue Uranwaffen unterhalb der Plutonium-Grenze hergestellt.

Alice Slater, Gründungsmitglied von Abolition 2000, machte darauf aufmerksam, dass selbst wir als NROs die neuen satellitengestützten Marschflugkörper und Drohnen überhaupt nicht im Blick hätten. Auch hätte sich die Situation im arktischen Meer total verändert, da dort das Eis bereits zur Hälfte geschmolzen sei. Wer kontrolliere dieses? Es soll Pläne geben, Russland jetzt auch vom Norden her einzukreisen. Die USA hätten bereits Raketen„abwehr“- Pläne in Israel, Süd-Korea, Japan, Taiwan, Australien, Europa..., gab es auf der Weapons-in-Space-Konferenz zu hören.

Stefan Kordasch vom Berliner Auswärtigen Amt aus Berlin berichtete, dass sich keiner der hier gebildeten sechs UN-(Un-

25 Personen im New Yorker Hauptbahnhof vorläufig festgenommen

Weitere Berichte von verschiedenen NPT-TeilnehmerInnen können im Blog auf *www.atomwaffenfrei.de* gelesen werden.
Bilder und Berichte findet sind auf der Website der Arbeiterforografie abrufbar: *www.arbeiterfotografie.com/iran/index-iran-0000.html; www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2010/index-2010-05-02-new-york-npt.html; www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2010/index-2010-05-03-new-york-npt.html*

Foto: Stefan Philipp

Marion Küpker ist die internationale Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen der DFG-VK. An der Überprüfungskonferenz zum *Non Proliferation Treaty* nahm sie zum dritten Mal als Vertreterin der DFG-VK und der *GAAA (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen)* teil.

ter)-Ausschüsse mit dem Thema Raketenabwehr befasse, da dieses „nur" Russland und die USA betreffen würde.

Neue US-Atomwaffenproduktion

Nuclear Watch New Mexico benannte im Workshop „US-Atomwaffenproduktion in der Obama-Ära", dass im kommenden Jahrzehnt drei ganz neue Atomwaffenlabore (Labs) gebaut werden sollen, um alle drei wichtigen Bereiche abzudecken: Das CMRR-Projekt in Los Alamos sei die neue Schlüsselanlage für die Herstellung von Plutonium; die neue Uranaufbereitungsanlage (UPF) in Oak Ridge, Tennessee, soll alles weitere zum Sprengkopf produzieren und die neue Kansas-City-Anlage (KCP) in Missouri stehe für die restlichen nicht-nuklearen Komponenten. Jede dieser drei neuen Anlagen solle für ein weiteres halbes Jahrhundert in Betrieb genommen werden und zusammen über 9 Milliarden Dollar kosten. Die NRO Care erklärte, wenn die Produktionsstellen gebaut würden, dann würden auch diese neuen Atombomben gebaut. KCP produzierte für Honeywell die B61-Sprengköpfe, also die US-Atomsprengköpfe, die in Europa u.a. in Büchel stationiert sind. Viele Menschen sind in Kansas City am radioaktiven Beryllium erkrankt und protestieren heute bereits gegen die neue Anlage. Hier solle der Ersatz für den Atomsprengkopf B61, der Typ B61-12, hergestellt werden, der zu dem neuen US-Kampfflugzeug F35 Joint Strike Stealth Fighter passe. Da es sich bei der B61-12 um ein ganz neues Atomwaffensystem handele, könne dieses bedeuten, dass auch der Atomteststoppvertrag nicht ratifiziert werden könne, da neue Systeme getestet werden müssten – hierfür reiche die Computersimulation nicht aus.

Im Workshop der Federation of American Scientists (FAS) und der Los- Alamos-Study-Group wurde berichtet, das es nach ihrer Einschätzung höchstwahrscheinlich einen Deal zwischen Obama und den 34 Senatoren gäbe, die Obama für eine Dreiviertel-Mehrheit im Kongress bei der Abstimmung zur Ratifizierung des neuen Start-Abkommens und des Atomteststoppvertrages brauche. Zufällig seien genau 34 Senatoren finanziell davon betroffen, wenn in den entsprechenden Staaten die neuen Atomwaffen-Produktionsstellen nicht finanziert würden. Obama hätte dafür bereits 2 Milliarden Dollar beantragt und läge damit schon 10 Prozent über dem Gesamt-Budget für Atomwaffen der letzten Jahre (John Burroughs sprach sogar von 14 Prozent). Es sollen auch in der Vergangenheit Gelder bewilligt worden sein, die dann aber real nicht vorhanden waren, wodurch einige Projekte scheiterten. So werde es von ihnen auch bezüglich der B61-12 eingeschätzt.

Atomenergie als Lösung für den Klimawandel

Richtig unangenehm aufgestoßen war vielen bei Abolition 2000 die nukleare Renaissance, die jetzt von den Atommächten vorangetrieben wird, indem der Artikel IV des Nicht-Weiterverbreitungs-Vertrags „endlich" umgesetzt werden soll. Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Weitergabe der so genannten zivilen Atomtechnologie an die Nicht-Atomwaffenstaaten als „Belohnung" dafür, dass diese auf Atomwaffen verzichten. Unter dem Titel „Zugang zur zivilen Atomenergie und ihre verantwortliche Entwicklung" referierte die französische Regierungsorganisation „Permanent Mission of France to the United Nation" über ihr Unternehmen Areva. Zitat von ihrer Webseite: „Areva NP, ein Unternehmen von Areva und Siemens, ist das weltweit führende Kerntechnikunternehmen. An unseren Standorten in Frankreich, Deutschland und den USA setzen sich rund 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür ein, dass Kernkraftwerke rund um den Globus ihren Beitrag zu einer sicheren kohlendioxid-freien und wettbwewerbsfähigen Stromversorgung leisten." So sollen jetzt 30 Länder – Chile, Venezuela, Namibia, Senegal, Ghana, Nigeria, Algerien, Marokko, Tunesien, Libyen, Thailand, Indonesien, Polen... – in den „Genuss" des Artikel IV kommen, indem sie AKWs für viel Geld geliefert und das Know-how für den Betrieb bekommen sollen. Groß angelegte Medienkampagnen, Ausbildung und Training an den Universitäten etc. sollen von Agence France Nucleare International die öffentliche Akzeptanz für die Atomenergie wieder herstellen. Bis zum Jahr 2030 werde mit einem Bevölkerungszuwachs von 2 Milliarden Menschen gerechnet und einem Energiebedarfszuwachs von 50 Prozent. Den Nicht-Atomwaffenstaaten würde die so genannte. Recycling-Technologie durch die Atommächte zugute kommen. Dieser umstrittene MOX-Brennstoff wird aus bereits benutzen Brennelementen z.B. in der US-Anlage Savannah River gewonnen.

Obwohl der neuen Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien bis jetzt schon 143 Staaten und die EU beigetreten sind, haben davon 60 Nichtatomwaffenstaaten ein Interesse, die Technologie für die Nutzung von Atomenergie über den NPT zu erhalten (2009 waren es noch 32). Sie sehen in der erneuerbaren Energie nur eine zusätzliche Alternative, die die Atomenergie nicht ersetzen könne. Abolition 2000 hat hierauf spontan eine neue Arbeitsgruppe geschaffen, die speziell zu diesem Thema arbeitet und dieser gefährlichen Entwicklung unsere vielfältigen Argumente entgegenstellen will.

Erfolge der anderen Art

Einige RegierungssprecherInnen, ParlamentarierInnen und BürgermeisterInnen, die wir in den letzten Jahren gewonnen haben, berichteten und diskutierten mit uns, was in dieser Offenheit, Ernsthaftigkeit und gegenseitigen Achtung einmalig war. Diese wiederum haben Zugang zu weiteren Gesprächskreisen, die uns meist verschlossen sind. Daher transportieren sie unsere Argumente und öffnen uns auch einzelne Zugänge.

Foto: Marion Küpker

Jahrestreffen von Abolition 2000 am Rande der NPT-Konferenz

Pol d'Huyvetter, ein ehemaliger For-Mother-Earth-Aktivist und Organisator aus Belgien, erzählte mir, dass er heute vom Bürgermeister von Hiroshima sein Gehalt als so genannter „Bürgermeister-Jäger" erhalte und er in der Regel täglich zwei neue hinzu gewinne, damit das Ziel einer atomwaffenfreien Welt 2020 erreicht werden kann.

Die „Jugendrede" benannte emotional erfrischend, wie die heutige jüngere Generation – fern des festgefahrenen und ideologischen Freund-Feind-Denkens aus der Zeit des Kalten Krieges – international miteinander über das Internet kommuniziere und ein viel größeres Verständnis von unterschiedlichen Kulturen besäße.

Wir haben unterschiedlichste Wege des Dialoges gefunden und eine gute Balance zwischen Aktions-, Bildungs- und Lobbyarbeit, die zu funktionieren scheint. Dieser Erfolg ist nicht im Abschlussdokument erfasst, aber es ist unser Erfolg, der für uns Teilnehmende vor Ort gefühlsmäßig wahrnehmbar war! Solange ein atomarer Krieg für die meisten Menschen in führenden Positionen als moralisch, ethisch, völkerrechtlich etc. inakzeptabel begriffen wird – sie hierzu emotional nicht den Kontakt verloren haben (bzw. dieser wieder hergestellt werden konnte) – haben wir einen sehr wichtigen Schritt geschafft. Dieser emotionale Kontakt lässt die real vorhandene Gefahr der Vernichtung der Erde allein durch die Existenz von Atomwaffen erkennen, wodurch wir viele neue MitstreiterInnen gefunden haben.

Es wurde in den Diskussionen deutlich: Nukleare Abschreckung funktioniert nicht (ein weiteres Thema, welches es zu vertiefen gilt!), wir hatten bisher einfach nur Glück! Ich denke, für einen bewussten Einsatz von Atomwaffen bedarf es einer großen Akzeptanz in den eigenen Reihen. Und diese gibt es zum Glück noch nicht, wie die Entwürfe der UN-Ausschüsse für das Abschlussdokument zeigen. Darin sollten sich die fünf Atommächte verpflichten, die „Modernisierung" ihrer Arsenale „durch Neuentwicklungen und qualitative Verbesserungen" zu beenden, die Produktion von militärisch nutzbarem Spaltmaterial einzustellen und die vorhandenen Vorräte unter internationale Kontrolle zu stellen. Die USA, Frankreich, Großbritannien und Russland sollten durch eine verbindliche Garantieerklärung auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen gegen Nichtatomwaffenstaaten verzichten (China hat dieses bereits erklärt), und alle Atommächte sollten zu verbindlichen Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention aufgefordert werden. In dem NPT-Unterausschuss, der sich mit Bestrafungs-Maßnahmen gegen Länder befasste, die aus dem bisher freiwilligen NPT-Vertrag aussteigen könnten, kam es zu keinem Ergebnis. Auch der Abzug der US-Atomwaffen aus Europa wurde thematisiert, aber auf Druck der USA ins Unkenntliche verwässert.

Foto: Ellen Davidson

In Büchel und in New York einsatzbares Protest-Transparent

Obama und das Abschlussdokument

Weil die positiven Dokumententwürfe, auf die sich die überwiegende Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft geeinigt hatte, auch in Obama keinen Fürsprecher fand, wurde nichts Substanzielles in das Abschlussdokument übernommen. Die Darstellung Obamas in den Medien als „Atomwaffen-Abrüstungsengel" hat sich als Augenwischerei erwiesen. Bei diesem mageren Ergebnis ist es nicht verwunderlich, dass nach der NPT-Konferenz kaum etwas in den Medien veröffentlicht wurde.

Für seine „zukünftigen" Atomwaffenabrüstungs-Bemühungen hatte Obama doch eigentlich den Friedensnobelpreis bekommen. Ein absolutes Scheitern der NPT-Konferenz wäre für Obamas Ansehen in der Weltöffentlichkeit dann doch zu katastrophal gewesen, und dieses galt es um jeden Preis zu verhindern. So mussten im Schlussdokument sowohl das Völkerrechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes über die Illegalität von Atomwaffen als auch Israels Atomwaffen, vor dem Hintergrund der geplanten Konferenz für einen atomwaffenfreien Nahen Osten erstmals namentlich benannt werden. Israel, das nicht NPT-Vertragsmitglied ist, erklärte schnell, dass es an dieser Nahost-Konferenz kein Interesse habe und dieses Schlussdokument für es keine bindende Wirkung habe. Gegen Israels menschenrechtsverletzende Politik in den besetzten Gebieten Palästinas (u.a. im Gaza-Streifen) hat es bereits viele UN-Resolutionen gegeben, die ohne Folgen blieben. Der kurz darauf folgende Angriff auf die Gaza-Hilfsschiffe war ein deutlicher Hinweis, wie Israel weiter gegenüber der internationalen Gemeinschaft mit Problemen umzugehen gedenkt.

Wir müssen an dem wichtigen Thema der Abschaffung der Atomwaffen dran bleiben! Um so erfreulicher ist es, dass der Kampagnenrat „unsere zukunft – atomwaffenfrei" sich Anfang Juli einstimmig für eine Folgekampagne ausgesprochen hat!

Geigentöne statt Kriegsgedröhne

Sonntag 5.9. Platz-Konzert auf dem Truppenübungsplatz Altmark

lebenslaute

Unter dem Namen LEBENSLAUTE

... engagieren sich seit 1986 bundesweit MusikerInnen, einmal jährlich in Chor- und Orchesterstärke, dazwischen auch in kleineren Ensembles regional. Die offene Musik- und Aktionsgruppe bringt überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomfabriken und Raketendepots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten.

Lebenslaut in der OFFENen HEIDe (Altmark)

Am 5. September 2010 werden wir mitten auf dem Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide ein Konzert geben. Mit dieser bewussten Grenzüberschreitung setzen wir musikalisch und praktisch einen Kontrapunkt gegen die tödliche Kriegspolitik der Bundesrepublik.

Kontakt/Infos/Zusagen
www.lebenslaute.net
lebenslaute2010@riseup.net
0160/92619994
Internet
www.lebenslaute.net

Spendenkonto
E. Reinhardt, Konto 102936992,
BLZ 25090500, Sparda-Bank
Hannover, Verwendungszweck
„Truppenübungsplatz 2010"

Links
www.offeneheide.de
www.imi-online.de
www.lebenslaute.net

Den Einfluss der Bundeswehr auf die Schule zurückdrängen!

Die Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Schule im NRW-Wahlkampf

Von Joachim Schrammn

Das Werben um die Kämpfer auf den neuen Schlachtfeldern kann für die Bundeswehr nicht früh genug anfangen, und so ist sie dabei, mit den Schulministerien einzelner Bundesländer Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Das erste Bundesland, das eine solche Vereinbarung unterzeichnete, war 2008 das (damals) schwarz-gelb regierte NRW. Darin wurde nicht nur die Intensivierung der Zusammenarbeit festgelegt, sondern auch die Einflussnahme der Bundeswehr auf die Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen.

Linke: Vereinbarung kündigen

Der Landesverband NRW der DFG-VK hat die Landtagswahlen zum Anlass genommen, die Spitzenkandidaten der drei Oppositionsparteien um eine Stellungnahme zu dieser Kooperationsvereinbarung zu bitten. Aus den Antworten ergibt sich erfreuliches Maß an Übereinstimmung in der Kritik an der Vereinbarung von Schulministerium und Bundeswehr.
Die Linke verbindet in ihrer Stellungnahme sehr deutlich ihre Kritik an der Kooperationsvereinbarung mit den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr allgemein. Die KandidatInnen Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann weisen auch auf den Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan hin. Auf Grundlage der Arbeiten ihrer Bundestagsfraktion stellen sie die Auswirkungen der Kooperationsvereinbarung dar. Die Partei fordert, die Kooperationsvereinbarungen insgesamt aufzukündigen, und wendet sich gegen die Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen durch die Bundeswehr. Auch auf die Einflussnahme der Bundeswehr auf Unterrichtsmaterialien weisen sie kritisch hin. Pragmatisch gehen sie jedoch zunächst von den fortgesetzten Besuchen der Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen aus und fordern die Koppelung dieser Besuche an die gleichzeitige Anwesenheit von Vertretern von Friedensorganisationen.

Stellungnahme Beuermann/Zimmermann für DIE LINKE.NRW

(...) Wir finden, dass Schulen (Aus-)Bildungsstätten sein müssen und keine Orte militärischer Indoktrination. NRW hat als erstes Bundesland im Oktober 2008 ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr unterzeichnet. Aus dem Jahresbericht 2009 geht hervor, dass dieses Abkommen zu einer gesteigerten Nachfrage nach Jugendoffizieren geführt hat. Über 31.000 Schülerinnen und Schüler wurden von ihnen erreicht, meist in Vorträgen um die 4.000 Schüler, aber auch in Form mehrtägiger Seminare oder Kasernenbesuche. Das Kooperationsabkommen führt dazu, so schätzen die Jugendoffiziere der Bundeswehr es ein, dass Hemmschwellen und Bedenken bei den Schulleitungen abgebaut werden. Das Abkommen als offizielle Billigung habe anfängliche Bedenken einiger SchulleiterInnen genommen.

2009 haben über 2.100 Lehrerinnen und Lehrer sowie ReferendarInnen an Aus- und Fortbildungen der Bundeswehr teilgenommen. (...)

SPD als Opposition: Ausgangspunkt Friedenserziehung – Kooperationsvereinbarungen mit Bundeswehr und DFG-VK

Ebenfalls erfreulich umfassend setzt sich die SPD mit der Problematik auseinander. Die ehemalige Schulministerin des Landes, Ute Schäfer, zieht bemerkenswerterweise den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule nach der Landesverfassung heran, in dem die Erziehung zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung festgelegt ist. Demgegenüber spreche die Kooperationsvereinbarung nur von Sicherheitspolitik und verenge damit das Bildungsziel unzulässig.

Ute Schäfer lehnt Kooperationsverträge mit außerschulischen Organisationen nicht ab, stellt jedoch einen Kriterienkatalog auf, an dem sich solche Vereinbarungen orientieren sollten. Zunächst bezieht sich dieser Katalog positiv auf eine Empfehlung der Unesco zur Friedenserziehung. Dann wird der Handlungsrahmen der außerschulischen Experten eingeschränkt, einseitige Werbung abgelehnt. Aber auch der Besuch von Waffenschauen und ähnlichen Veranstaltungen wird ausgeschlossen. Letztendlich betont der Katalog die alleinige Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer für die Unterrichtsgestaltung und auch für die Frage, wann und ob sie Experten hinzuziehen.

Schwierige Entscheidung

Interessant ist die Schlussfolgerung, die Ute Schäfer zum Schluss ihrer Stellungnahme zieht. Sie hält bei Berücksichtigung des vorgestellten Kriterienkatalogs eine Kooperationsvereinbarung sowohl mit der Bundeswehr als auch mit der DFG-VK für sinnvoll. Diese Perspektive stellt uns als DFG-VK vor eine schwierige Entscheidung: Wollen wir eine kontroverse Diskussion an den Schulen über Pro und Contra von Kriegseinsätzen, von Rüstung und der Existenz von Armee? Akzeptieren wir, dass dazu auch Jugendoffiziere an die Schulen kommen, wenn damit auch der Besuch von VertreterInnen der Friedensbewegung verstärkt möglich wird?

Oder ist das Hauptziel, den mit viel Steuergeld untergefütterten Einfluss der Armee auf die Schule prinzipiell zu stoppen und muss daher die Forderung lauteten: Auf keinen Fall eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr?

Realistisch wird man sehen, dass wir als Friedensbewegung weder über die finanziellen noch die personellen Ressourcen der Bundeswehr verfügen. 94 hauptamtliche, gut geschulte Jugendoffiziere stehen bundesweit für Schulbesuche zur Verfügung, die Zahl solcher Veranstaltungen schwankt zwischen 4.500 und 5000 pro Jahr. Insgesamt sind die Ausgaben für Nachwuchswerbung (ohne Gehälter für Jugendoffizier) von 12 (2009) auf 27 Millionen Euro (2010) gestiegen. Demgegenüber steht die Friedensbewegung, die über alle Organisationen hinweg lediglich über eine Handvoll Hauptamtlicher verfügt, die darüber hinaus auch noch andere Aufgaben zu erfüllen haben. Parallele Kooperationsvereinbarungen mit

Bundeswehr und – stellvertretend – mit der DFG-VK wären also Vereinbarungen mit sehr unterschiedlich starken Akteuren. Hinzu kommt, dass eine solche doppelte Kooperationsvereinbarung natürlich die Anwesenheit der Bundeswehr an Schulen prinzipiell legitimieren, den weiteren Protest dagegen behindern würde.

Auf der anderen Seite gilt es zu überlegen, ob auf diesem Wege nicht der seit langem beklagte unzureichende Zugang der Friedensbewegung zu jungen Leuten verbessert werden könnte. Ein institutionalisierter Zugang der Friedensbewegung zu den Schulen könnte auch in zukünftigen Zeiten ohne Wehrpflicht Chancen eröffnen, den Schüler die Positionen der Kriegsgegner nahe zu bringen.

Heute spricht sich im Bundestag lediglich die Linke für einen prinzipiellen Stopp der Bundeswehr-Werbung an Schulen aus. Trotzdem gilt es, an diesem Ziel festzuhalten. Als Zwischenziel muss es um das Blockieren der offenbar ja bundesweit angestrebten Ausweitung der Einwirkungsmöglichkeiten der Bundeswehr gehen. Wenn es gelingt, genau diese Ausweitung zu be- und verhindern, wird den Kriegsplanern ein nicht unwesentlicher Stein in den Weg gelegt. Dafür bietet der Kriterienkatalog von SPD-Schulexpertin Ute Schäfer doch einige Ansatzpunkte. Die Betonung des in der Landesverfassung verankerten Begriffs der „Friedensgesinnung“ und damit die Abgrenzung zu einem vorrangig militärisch definierten Sicherheitsbegriff bietet Möglichkeiten, um die einseitige Bundeswehrwerbung in ihre Schranken zu weisen. Auch die Stärkung der Position der Lehrer bei der Entscheidung für oder gegen den Besuch der Bundeswehr würde den durch die derzeitige Kooperationsvereinbarung hervorgerufenen Eindruck ausräumen, das Schulministerium wünsche solche Besuche.

Die DFG-VK NRW ist während der Koalitionsgespräche auf die Partner SPD und Grüne zugegangen, um unsere Positionen zu einer möglichst weitgehenden Revision der derzeitigen Kooperationsvereinbarung einzubringen. Die Grünen-Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann, die als zukünftige Schulministerin im Gespräch ist, hat sich ebenfalls kritisch zu der geltenden Vereinbarung geäußert. Sie stimmt in wesentlichen Punkten mit SPD und Linken überein.

Wir sehen es als wichtig an, die Friedensbewegung als Ansprechpartner für Schulen, für Lehrer und ihre Gewerkschaft sowie gerade auch für die Schülervertretung wieder stärker in die Diskussion zu bringen. Wir haben damit begonnen, einen „Werkzeugkasten“ mit Materialien für Schulbesuche zu erstellen. Interessant finden wir in diesem Zusammenhang auch das Projekt der Stiftung Friedensarbeit, einen Pool von AktivistInnen aufzustellen, die für Schulbesuche zur Verfügung stehen. Mit solchen Angeboten im Rücken können wir auf die Parteien im Landtag zugehen und der Forderung Ausdruck verleihen, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr wenn schon nicht zu kündigen, dann doch deutlich einzuschränken. Der Wille des – neu besetzten – Ministeriums zur parallelen Hinzuziehung von ExpertInnen der Friedensbewegung sollte gegenüber den Schulen, auf dem Bildungsserver des Ministeriums und anderen geeigneten Orten sichtbar gemacht werden. Und auch den Vorschlag, den Friedensgruppen für solche Schulbesuche einen gewissen Unkostenausgleich zur Verfügung zu stellen, könnte ins Gespräch gebracht werden.

Foto: Joachim Schramm

„Kein Job wie jeder andere!“: Aufklärung jugendlicher Besucher bei einer Bundeswehrmesse

Stellungnahme von Ute Schäfer, Landtagskandidatin der SPD

(...) Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule umfasst nach Art. 7 der Landesverfassung auch die Erziehung „zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung“. Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr spricht demgegenüber nur von „Sicherheitspolitik“ und „Aufklärung und Information über sicherheitspolitische Fragestellungen“. Diese Verengung des Begriffs der Friedensgesinnung auf Sicherheitspolitik greift eindeutig zu kurz, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr die sicherheitspolitischen Aspekte aus dem Blickwinkel des Auftrags der Bundeswehr darlegen werden.

Eine umfassende Friedenserziehung im Unterricht, die durchaus durch Kooperationsverträge unterstützt werden kann, muss folgende tragende Gesichtspunkte beinhalten:

1. Die Erziehung soll auf die Unzulässigkeit der Kriegsführung zum Zwecke der Eroberung, des Angriffs oder der Beherrschung sowie der Gewaltanwendung zum Zwecke der Unterdrückung hinweisen und jedermann dazu bringen, seine Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu erkennen und auf sich zu nehmen (Empfehlung der UNESCO vom 19.11.1974). (...)

4. Den Friedensorganisationen sind die gleichen Möglichkeiten einzuräumen, ihren Standpunkt als Experten darzulegen, wie den Jugendoffizieren der Bundeswehr.

5. Indoktrination, einseitiges Werben für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr oder zur Kriegsdienstverweigerung sind unzulässig.

6. Der Besuch von Waffenschauen und ähnlichen Veranstaltungen sind unzulässig.

Bei Einhaltung dieser Grundsätze halte ich den Abschluss von Kooperationsverträgen sowohl mit der Bundeswehr als auch mit der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*Innen für zielführend. (...)

Wir werden sehen, ob SPD und Grüne die vor der Wahl geäußerten Positionen jetzt in reale Politik umsetzen.

Mehr Infos und die vollständigen Antworten der Landtagskandidaten unter www.nrw.dfg-vk.de

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes NRW.

„Guten Tag, wir sind vom Mars!“

Husum: Friedensaktivistin wegen Raketenzugblockade verurteilt

Von der Initiative „militarismus-jetzt-stoppen“

Am Amtsgericht Husum wurde Anfang Juni erneut gegen die Antimilitaristin Hanna verhandelt, die mit einer Ankett-Aktion anlässlich eines Militärtransportes der Bundeswehr für die Nato-Response-Force ihren Protest verdeutlicht hatte. Die Weiterfahrt der Militärs verzögerte sich damals um mehrere Stunden. Ein erster Versuch, die Betroffene im Dezember 2009 wegen Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe zu belangen, scheiterte spektakulär an Befangenheitsanträgen. Parallel zum zweiten Verhandlungsversuch machten außerdem lokale FriedensaktivistInnen den Protest und die Ablehnung gegen die Auslandseinsätze der deutschen Militärs auch in Husum mit einer zwölftägigen Dauer-Demo vor dem Kasernentor sichtbar. Im Juli nun verurteilte das Amtsgericht Husum Hanna Poddig zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je 15 Euro, wogegen sie aber Berufung einlegte.

Februar 2008: Die Husumer Militärs stehen kurz davor, erneut Teil der „Nato Response Force“ zu sein. Was die meisten in der Armee wissen, aber selten reflektieren: Sie werden Teil einer weltweit einsetzbaren Angriffsarmee der Nato sein, zu deren Aufgaben u.a. „die Offenhaltung des Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ gehört. Innerhalb einer Woche sollen dann auch die Husumer Truppen bereit sein, für die politischen Interessen der Eliten im demokratischen Regime ihren Kopf hinzuhalten. Doch vorher geht es zum Nato-Manöver.

„Sperren Sie die Strecke!“

Es ist Sonntag früh, der 12. Februar 2008. Ein Zug, laut Polizeiakte beladen mit Raketen, verlässt das Depot in Ohrstedt. In der ersten Fassung des Polizeiberichtes der Nacht schreibt ein Bundespolizist, wie er mit dem Rangierleiter gesprochen habe, und dieser beschreibe, wie sie auf dem Weg vom Depot zur ca. drei Kilometer entfernten Weiche während der Fahrt einen Knall an den Gleisen vernahmen, Fackeln am Gleisbett überfuhren und Lichtsignale ignorierten, weil sie es für einen „Schabernack“ hielten. Der ganz normale Wahnsinn, wenn die deutschen Militärs mit hochgefährlichem Zeug durch die Gegend tuckern? Viele Wehrpflichtige können ein Lied davon singen, unzählige Videos auf You-Tube zeigen die Unfallträchtigkeit der Bundeswehr.

Dann erreicht der Zug die Weiche zum Hauptgleis. Hier muss der Zug halten. Am Gleis, auf dem das Kriegsgerät transportiert wird, ist seit zehn Jahren nichts investiert worden. Beide Weichenteile müssen von Hand durch den Lokführer verschoben werden. Die Uhren in der nordfriesischen Provinz gehen anders. Der Lokführer springt vom Zug. Eine Stimme ertönt: „Halt! Sie können nicht weiterfahren. Da ist eine Person im Gleisbett angekettet. Dies ist eine Protestaktion gegen die Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr. Bitte lassen Sie unverzüglich die Strecke sperren!“

Erst vier Stunden später ist es der Polizei gelungen, die Person zu entfernen. Die Feuerwehr zersägte auf Befehl der Polizei und nach Anraten der DB-Netz die Gleise. Doch nicht dies ist verboten, sondern der Protest gegen staatliche GewalttäterInnen in Uniform.

Bewaffnete Polizei im Gericht

Mittlerweile ist der 1. Dezember 2009, und Hanna Poddig, die sich damals an die Gleise gekettet hatte, steht wegen „Nötigung“ und „Störung öffentlicher Betriebe“ vor Gericht. Kein Wort mehr darüber, dass sie einen Militärtransport blockierte, um gegen die Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr zu protestieren. Es zeigt sich hier, wie über das Strafrecht die Behandlung gesellschaftlicher Probleme entpolitisiert und individualisiert wird.

Vor Verhandlungsbeginn „beamt“ sich ein Fernsehteam vom Mars-TV genau vor den Tisch des Staatsanwaltes. „Guten Tag. Wir sind ein Fernsehteam vom Mars. Wir senden gerade live vom Planeten Erde!“ Zum Staatsanwalt gewandt: „Können Sie uns sagen, warum da draußen haufenweise uniformierte GewalttäterInnen rumlaufen, die wie in Kunduz jede Menge Leute umlegen, während Sie hier versuchen, eine Person, die dagegen protestierte, zu bestrafen?“ Eine Antwort blieb der Staatsanwalt leider schuldig.

Hannas Anwalt hatte dem Gericht angeboten, das Verfahren gegen eine Geldspende wegen geringer Schuld einzustellen, da seine Mandantin nicht vorbestraft sei, und außerdem das Ganze doch gar keine richtige Straftat sei, sondern eher eine demonstrative Aktion. Die Staatsanwaltschaft lehnte ab und sprach davon, die Protestaktion offenbare ein hohes Maß an krimineller Energie.

Protest vor dem Gerichtsgebäude

Doch auch nach Eröffnung der Verhandlung wird es nicht besser: Ein Protokollant sagt zur Angeklagten: „Im Fernsehen sehen Sie aber besser aus!“ Doch statt sich zu positionieren, laviert Richter Veckenstedt um die Entscheidung des daraufhin gestellten Befangenheitsantrag und tauscht den Protokollanten einfach aus. Doch es wird noch „besser“. Nach der Mittagspause sind mit Schusswaffen ausgerüstete Polizisten im Saal, weil Richter Veckenstedt sich durch Luftschlangen und Konfetti bedroht fühlt. Der Anwalt der Verteidigung weist auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hin und dass die Pistolen übertrieben seien. Richter Veckenstedt ist durch Konfetti jedoch so verunsichert, dass er diesen Antrag ablehnt. Daraufhin kündigt der Anwalt an, nicht weiter zu verhandeln, wenn die Knarren im Raum bleiben. „Sie können ja gehen!“ Veckenstedt zeigt nun, dass es ihm völlig egal ist, ob die Betroffene angemessen verteidigt wird oder nicht. Der hierauf gestellte Befangenheitsantrag bringt den Prozess zum Platzen.

In einem Zivilverfahren versucht die DB Netz AG derweil, die Ankett-Aktivistin

zu Schadensersatzzahlungen zu zwingen. Sie habe die Reparaturkosten am Gleis zu bezahlen, die durch die Räumung entstanden seien. Ungeachtet der Tatsache, dass die Polizei die Durchtrennung der Schiene auf Anregung der DB-Netz angeordnet und Feuerwehr und THW sie durchgeführt haben, und ungeachtet auch des die Aktion schützenden Versammlungsrechts folgt Richter Biermann am Landgericht in Flensburg im März 2010 der Argumentation der Bahn und verurteilt Hanna Poddig. Begleitet wurden auch diese Gerichtstermine von zahlreichen kreativen Aktionen – so feierte beispielsweise ein „Freundeskreis Bundeswehrbahn" die Verurteilung mit Sekt und lud PassantInnen ein, sich ebenfalls für das Militär und gegen Frieden zu positionieren. Gegen das Urteil wurden Rechtsmittel eingelegt, und so wird es vor dem Oberlandgericht in Schleswig zu einer weiteren Verhandlung kommen.

Militär wird Stadtgespräch in Husum

In der Strafsache sollte es Ende Mai 2010 weitergehen. Richter Veckenstedt hatte aufgerüstet. Es wurden insgesamt gleich drei Verhandlungstage anberaumt. Einlasskontrollen sollten das erneute Einschmuggeln „gefährlicher" Gegenstände wie Konfetti und Luftballons verhindern. Die so genannte Mobile Einsatzgruppe Justiz (MEG), Sondereinheiten von speziell geschulten Justizangestellten, wurde beordert, das Amtsgericht in Husum zu bewachen. Immer wieder ließ der Richter ihm unliebsames Publikum aus dem Saal werfen – dabei kam es sogar zu Verletzungen, die der Richter aber nur mit den Worten „Langweilen Sie mich nicht" kommentierte. Die fotografische Dokumentation der Gewalttaten der MEG wurde durch die eng mit den Justizangestellten kooperierende Polizei auch außerhalb des Gerichtsgebäudes unterbunden, Kameras wurden beschlagnahmt, und die Suche nach einer Speicherkarte endete sogar darin, dass sich zwei Personen komplett ausziehen mussten.

Doch auch der Widerstand schläft nicht: Zum ersten Mal seit langem wurden in Husum die Militärs direkt mit Protest aus der Bevölkerung konfrontiert. Vom 24. Mai bis zum 4. Juni protestierten FriedensaktivistInnen vor der Fliegerhorstkaserne in Husum mit einer Dauer-Demo gegen die als „Auslandseinsätze" bezeichneten Kriege der deutschen Militärs. „Selbst in einer Militärstadt wie Husum sinkt die Zustimmung zu den Kriegen mit der Bundeswehr in aller Welt", sagte Jan Hansen, ein Aktivist aus Husum. Gerade dadurch, dass viele Menschen Angehörige bei den Militärs hätten, bekämen viele Menschen durch Erzählungen mit, dass es unmöglich sei, so wie die Bundeswehr es zurzeit versucht, mit Waffengewalt Frieden zu schaffen. „Dadurch begreifen viele Menschen, dass an einer zivilen Sicherheitspolitik, die auch versucht, alle Regionen der Welt gleichberechtigt am Wohlstand zu beteiligen, kein Weg vorbei geht." Zwölf Tage lang zelteten AktivistInnen vor dem Haupttor der Fliegerhorstkaserne. Die aufgestellten Banner, die Kreidespüche auf der Einfahrt und Fahnen prägten die Ansicht der Kaserne in ungewöhnlicher Weise. Das Camp wurde innerhalb weniger Tage zum Stadtgespräch in der nordfriesischen Kleinstadt und erfuhr erfreulich viel solidarische Unterstützung.

Ein weiteres Protest-Happening fand am 29. Mai in Husum statt. Mit einer Fahrradtour fuhren AktivistInnen die Militärstandorte der Stadt an, um vor Ort die Teilnehmenden über die internationalen Machenschaften der Militärs hinter dem Zaun zu informieren.

Die Prozesse gehen weiter

„Keine Chance", sagte die Angeklagte bereits im Vorfeld. „Die Justiz im demokratischen Regime ist unter anderem dazu da, den Staat und seine bezahlten uniformierten GewalttäterInnen vor Kritik zu schützen." Die Annahme bestätigte sich: Richter Veckenstedt zeigte keinerlei Interesse, der Argumentation der Verteidigung zu folgen, ließ sämtliche politischen Anträge einfach über sich ergehen und lehnte beispielsweise die Vorladung von (Ex-)Bundespräsident Horst Köhler ab, der als Zeuge hätte bestätigen können, dass es sich bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr um Wirtschaftskriege handelt.

Nach drei Verhandlungstagen folgte Veckenstedt mit seiner Entscheidung der hohen Forderung der Staatsanwaltschaft und verurteilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen. Auch gegen dieses Urteil legte die Betroffene Rechtsmittel ein, weshalb es zu weiteren Verhandlungen kommen wird. Außerdem verfolgt die Husumer Justiz noch drei weitere Personen mit Verfahren wegen angeblicher Beihilfe. Die Betroffenen haben Strafbefehle erhalten und dagegen Einspruch eingelegt, sodass die Hauptverhandlungen bevorstehen.

„Wir werden auch diese Anlässe wieder für offensive Öffentlichkeitsarbeit zur Abschaffung der Bundeswehr und anderer Herrschaftsstrukturen nutzen!", kündigt Jan Hansen von der Initiative „militarismus-jetzt stoppen" an.

Mehr Infos zur Bundeswehr und Aktivitäten in Husum sind im Internet zu finden: *www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu*

Zur Deckung der Anwalts- und Gerichtskosten sind Spenden erwünscht: Spendenkonto: Inhaber: H. Thoroe, Kontonummer 111 026 274, BLZ 217 500 00, Verwendungszweck: Gleisblockade Ohrstedt

Großeinsatz gegen gewaltfreie Aktion: Video zur Gleisblockade im Internet unter www.youtube.com „Blockade eines Bundeswehr-transports in Ohrstedt"

„Wir brauchen neue kreative Aktionsformen“

Interview mit Stefan Schultheiß, Koordinator von PAXX 2010, der von der DFG-VK initiierten Aktionskonferenz vom 29. Oktober bis 1. November in Mannheim

ZivilCourage: Vor welchem Hintergrund machst du die Koordinierungsarbeit für die PAXX-Aktionskonferenz im Herbst?
Stefan Schultheiß: Ich bin seit einigen Jahren in den sozialen Bewegungen im Bereich kreative Aktionen sehr aktiv. 2008 und 2009 habe ich die Attac-Aktionsakademie mitorganisiert und darüber hinaus an vielen bunten und kreativen Protestaktionen mitgewirkt.
ZivilCourage: Ist das mehr als nur Spaß zum Selbstzweck?
Stefan Schultheiß: Auf jeden Fall! Spaß kann auch Widerstand machen. Das Kreative, gemeinsam mit der Freude am frechen Widerstand, erzeugt eine große Kraft, allein schon durch positive Außenwirkung und die Freude der Aktiven an den bunten Aktionen. Ich mag es, wenn es dabei auch mal dreist zugeht, wie zum Beispiel bei der Attac Börsenaktion Ende 2008.
ZivilCourage: Das Video von dieser Aktion an der Börse habe ich auf Youtube gesehen. Der Nachrichtenkanal n-tv musste plötzlich eure Aktion live senden. *(http://www.youtube.com/watch?v=vT-WVoxrtvJw)*

Vom 29. Oktober bis 1. November findet in Mannheim die PAXX-Aktionskonferenz statt. Initiiert wurde sie von der DFG-VK, unterstützt wird sie vom Bund für soziale Verteidigung (BSV), der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden sowie dem Heidelberger Party-Kollektiv. Von diesem Party-Kollektiv „Party & Activism“ kommt der Mitbegründer Stefan Schultheiß (36). Der Aktivist und DJ lebt in Heidelberg und engagiert sich seit 2005 in der Friedensbewegung. Er arbeitet selbständig als Konfliktmoderator, berät soziale Bewegungen bei kreativen Aktionen und organisiert widerständige Events. Zusammen mit dem baden-württembergischen DFG-VK-Geschäftsführer Roland Blach koordiniert er Vorbereitung und Durchführung der Aktionskonferenz. Mit Stefan Schultheiß sprach **ZivilCourage**-Redakteur Stephan Brües.

Stefan Schultheiß: Ja, die haben wir total überrumpelt, und die Aktion wurde sehr positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Frechheit siegt!
ZivilCourage: Welchen Bezug hast du zur Friedensbewegung?
Stefan Schultheiß: Mein konkretes Engagement für soziale Fragen begann beim Heidelberger Friedensratschlag (HFRS) im Jahr 2005, da war noch der Irakkrieg ein großes Thema und natürlich die immer noch ungelösten Probleme im Nahen Osten. Beim HFRS habe ich auch die wertvolle Arbeit der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden und anderer Friedenseinrichtungen kennen und schätzen gelernt.
ZivilCourage: Welche Umstände haben dich dann z.B. zu Attac geführt?
Stefan Schultheiß: Mir hat etwas in der Friedensbewegung gefehlt, was ich dann bei der Attac-Aktionsakademie 2006 gefunden habe: Flashmobs, Straßentheater, Großpuppenbau, Kommunikationsguerilla, Radioballett und die ganzen wilden Sachen! Durch diese Anregungen habe ich mich immer mehr bei Attac eingebracht und weniger Friedensarbeit geleistet.
ZivilCourage: Worin lagen die Gründe für diesen Rückzug aus der Friedensbewegung?
Stefan Schultheiß: Also ganz raus war ich nie, aber es wurde eben immer weniger. Wenn ich mir die Friedensbewegung anschaue, dann hat sie ihre Stärken in der Analyse von Konflikten und in der Entwicklung von alternativen und gewaltfreien Lösungswegen. Leider steht die Friedensbewegung in der Öffentlichkeit nicht so gut da, wie es die wichtigen Inhalte eigentlich zwingend verlangen. Die Stimme der Friedensbewegung ist zu leise und wird von zu wenigen gehört. Ein sinnvolles Mittel, um die Wahrnehmung sozialer Proteste zu verbessern, sind kreative, widerständige Aktionen.
ZivilCourage: In der Friedensbewegung hast du also den kreativen Protest vermisst?
Stefan Schultheiß: Richtig! Wobei ich betonen möchte, dass es natürlich sehr erfolgreiche kreative Protestaktionen in der Friedensbewegung gibt. In anderen sozialen Bewegungen geht es aber deutlich bunter und frecher zu.
ZivilCourage: Und nun soll PAXX das ändern? Wie kam es zu diesem Projekt?

Attac-Aktion in der Frankfurter Börse

Stefan Schultheiß: Mitte 2009 wurde ich eingeladen, bei der Kampagne „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ mitzuwirken. Ich habe dort im Kampagnenrat Roland Blach von der DFG-VK kennengelernt, und wir haben schnell festgestellt, dass wir beide Motivation empfinden, in der Friedensbewegung die Kräfte für kreative Proteste zu stärken. Roland hat sich dann bei der DFG-VK erfolgreich für eine Aktionskonferenz eingesetzt. Mit meiner Vorgeschichte war klar, dass ich mich auf jeden Fall an PAXX beteiligen werde. Jetzt koordinieren wir gemeinsam das Projekt.
ZivilCourage: Ein anderer Hintergrund der PAXX-Aktionskonferenz waren die Proteste in Straßburg und die schlimmen Gewaltausbrüche.
Stefan Schultheiß: Ja, ich war dort. Es gab viele, die versucht haben, kreative gewaltfreie Aktionen zu machen, aber die Kreativität ist in der Gewalt total untergegangen. Die Inhalte gingen flöten, was traurig war. Auch diese Problematik werden wir bei PAXX aufgreifen.
ZivilCourage: Was erwartet uns sonst bei der PAXX-Aktionskonferenz?
Stefan Schultheiß: Wir bieten über drei Tage hinweg Workshops an zum Ausprobieren und Erlernen kreativer Protestformen. Nicht alles ist gerade eben erst erfunden worden. Wie lange gibt es denn schon politisches Straßentheater oder Puppenspiel? Zusammen mit den frischen Ideen aus neuen Protestformen haben wir ein spannendes Programm zusammengestellt. Praktische Trainings und inhaltliche Angebote zu gewaltfreier Aktion und zivilem Ungehorsam werden dabei sein. Am besten auf die PAXX-Website gehen und mal das Programm anschauen. Praktisches wie Pressearbeit, Moderation und Rechtliches haben wir auch eingeplant.

ZivilCourage: Wie werden bei PAXX die Inhalte behandelt, also Themen wie eine atomwaffenfreie Welt oder Anti-Rekrutierungsanstrengungen?
Stefan Schultheiß: Inhalte werden auch sehr wichtig sein. Daher wird es einen Strategienachmittag zur aktionsorientierten Diskussion über wichtige Themen der Friedensbewegung geben. Jede Aktion muss ja auch inhaltlich stimmig sein und sollte Sinn machen. Dazu gibt es ein Strategie- und ein Vernetzungsplenum, denn wir wollen schon sehr konkret werden und möglichst viele gute Impulse aus der Aktionskonferenz mitnehmen. Für alle, die dabei sein werden, wird es bestimmt eine tolle Zeit. Und mit Party & Activism machen wir auch eine Soli-Party! Das rockt!

„Einsatznah ausbilden“ mit NS-Pressechef

Führender NS-Propagandist als Ghostwriter von Bundeswehr-Ausbildungsmaterial

Von Wigbert Benz

Der Vernichtungskrieg, den die Wehrmacht geführt hat, ist nicht zu leugnen. Führende NS-Propagandisten als Ghostwriter oder Quellengeber offizieller Ausbildungsmaterialien der Bundeswehr müssen als Albtraum erscheinen.

Dass der NS-Pressechef im Auswärtigen Amt Paul Karl Schmidt im Zweiten Weltkrieg Holocaust und Kriegspropaganda betrieb, ist bekannt. Ebenso seine Rolle nach dem Krieg als Bestsellerautor „Paul Carell“, der bis in die 90er Jahre die Wehrmacht von ihren Verbrechen entschuldete, deren militärische Operationen zum zeitlosen Vorbild moderner Kriegskunst erklärte, gerade auch von Nato und Bundeswehr, und den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion als gerechtfertigten Präventivkrieg gegen die Rote Armee darstellte. Zuletzt in seinem „Bild“-Artikel vom 5. Februar 1991 zum „Golfkrieg/Lehren aus dem 2. Weltkrieg“ und seinem viel verkauften Stalingrad-Band 1992.

Das Internetportal german-foreign-policy berichtet nun am 28. April, gestützt auf Analysen des renommierten Militärhistorikers und früheren Wissenschaftlichen Direktors für „Militär und Gesellschaft“ am sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, Detlef Bald, dass Auszüge aus Paul Carells Texten in den aktuellen „Hilfen für den Gefechtsdienst“ für die Schulung von Bundeswehrsoldaten genutzt werden. Nach diesen „Hilfen“ dient Paul Carell als Quelle für die Zielsetzung „einsatznah ausbilden“ an drei Beispielen von Operationen der Wehrmacht: zwei in der Normandie 1944 zu den Ausbildungsthemen „Tarnen“ (S. 88) und „24-Stunden-Kampftag“ (S. 136), eine beim Krieg gegen die Rote Armee Anfang März 1943 zum Thema „Kampf bei ungünstigem Wetter“ (S. 190).

Auf meinen Vorschlag an die Redaktion der ARD-Sendung „Kontraste“, diesen Sachverhalt zu thematisieren, erklärte die zuständige Redakteurin Caroline Walter am 3. Mai, sie habe die Wehrmachtstraditionen der Bundeswehr bereits in dem Beitrag „Unselige Traditionen“ der Sendung vom 9. April 2009 thematisiert, auch die Nennung von Paul Carell als Quelle der Bundeswehrausbildung sei ursprünglich in dem Sendebeitrag vorgesehen gewesen, doch ausgerechnet „diese Passage“, so Walter, „mussten wir kürzen, weil der Beitrag schon Überlänge hatte“. Aber auch ohne den Hinweis auf Schmidt-Carell könne sie die erfreuliche Mitteilung machen: „Aufgrund unserer Berichterstattung wurden diese Ausbildungsbücher von der Bundeswehr im letzten Jahr aus dem Verkehr gezogen und werden nicht mehr benutzt.“

In der Antwort der Bundesregierung auf eine der Sendung folgenden Kleinen Anfrage der Linksfraktion mit dem Betreff „Wehrmachtsverherrlichung durch offizielle Ausbildungshandbücher“ wird zwar eingeräumt: „Seit 1985 wurden 67.000 Exemplare der Ausbildungshilfe ‚Einsatznah ausbilden‘ und 56.500 Exemplare ‚Üben und Schießen‘ gedruckt.“ Doch dann führt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 17. Mai weiter aus: „Eine Überarbeitung der Ausbildungshilfen wurde bereits im Januar 2009 angewiesen. Zwischenzeitlich werden diese beiden Schriften in der vorliegenden Form nicht mehr für die praktische Ausbildung genutzt.“ Wie weit die Überarbeitung der „Ausbildungshilfen“ mittlerweile gediehen ist, bleibt ebenso unklar wie die Einlassung, sie würden in der „vorliegenden Form“ nicht mehr genutzt, was nicht heißen muss, dass sie aus dem Verkehr gezogen wurden, sondern zum Beispiel in Auszügen, etwa als Kopien vermeintlich unbedenklich erscheinender Quellen Verwendung finden können. Weder in der „Kontraste“-Sendung vom 9. April 2009 noch in der darauf folgenden Kleinen Anfrage wurde ja explizit darauf Bezug genommen, dass es sich bei in den „Hilfen“ verwendeten Quellen des Bestsellerautors Paul Carell um den NS-Pressechef im Auswärtigen Amt 1940-1945, Paul Karl Schmidt, handelte.

Militärhistoriker Detlef Bald bleibt skeptisch. Nach dessen Auskunft hat sein bis März andauernder Briefwechsel mit dem Wehrbeauftragten des Bundestages lediglich ergeben, dass seine – Balds – Kritik im Zuge der Neuordnung der Ausbildung bei der beabsichtigten Verkürzung des Wehrdienstes berücksichtigt werde. Dies würde bedeuten, dass die Ausbildungsrichtlinien von 2006, welche die „Hilfen für den Gefechtsdienst“ mit Paul Carell als Quellengeber empfehlen, bis dato gelten.

Mit Schreiben vom 17. Mai bat der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold die Minister des Auswärtigen und der Verteidigung um „Klärung“ des von mir beschriebenen „Vorwurfs, die Bundeswehr würde nach wie vor Texte des SS-Obersturmbannführers und ehemaligen Pressechefs im NS-Außenministerium Paul Carell bei der Ausbildung verwenden.“ Die Antwort des Bundesministeriums der Verteidigung vom 25. Mai an Arnold lautet: „Texte des SS-Obersturmbannführers Paul Carell“ in den „angesprochenen ‚Hilfen für den Gefechtsdienst‘ werden in der Bundeswehr nicht mehr genutzt. Die Inspekteure des Heeres und der Streitkräftebasis haben bereits im Mai und Juni 2009 ihre weitere Nutzung durch Ausbildungseinrichtungen und Truppenteile untersagt. Die Ausbildungshilfe ‚Einsatznah ausbilden‘ wird derzeit vom Heeresamt im Zusammenwirken mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt und dem Streitkräfteamt für eine Neuausgabe überarbeitet.“ Bis 2009 dienten die Texte des NS-Pressechefs also auf jeden Fall der „einsatznahen Ausbildung“. Nach der Überarbeitung wird sich zeigen, wes Geistes Kind die künftigen „Hilfen für den Gefechtsdienst“ sind.

Wigbert Benz ist DFG-VK-Mitglied, Lehrer und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg (http://wigbertbenz.wordpress.com)

KDV europaweit als Recht anerkennen

Interview mit Alexia Tsouni, Generalsekretärin des European Bureau for Conscientious Objection (EBCO)

ZivilCourage: Für manche mag es überraschend sein, dass eine Frau als Generalsekretärin einer KDV-Organisation fungiert. Wie bist Du zur KDV-Arbeit und zu EBCO, dem Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung, gekommen?

Alexia Tsouni: Ich wundere mich, dass Menschen diese Tatsache überrascht. Zunächst einmal geht es um Solidarität. Wenn eine Kriegsdienstverweigerin in Israel oder Eritrea oder ein Kriegsdienstverweigerer in der Türkei Probleme hat, ist das für mich, als ob ich in Griechenland in Schwierigkeiten wäre. Ich kümmere mich nicht um Geschlechts- oder Landesgrenzen. Außerdem sind Wehrpflicht und Militarismus keine persönlichen Angelegenheiten. KDV ist ein Menschenrecht, nicht ein männliches Recht, und Antimilitarismus ist eine globale kollektive Bewegung, nicht allein ein Kampf von Männern. Als menschliches Wesen kämpfe ich gegen alles, was Freiheit unterdrückt, und als Frau und Feministin bekämpfe ich alles, was Militarismus und das Patriarchat im Alltag unterstützt. Die WRI *(War Resisters´ International, der internationale Dachverband der DFG-VK)* hat kürzlich eine großartige Anthologie zu Kriegsdienstverweigerinnen veröffentlicht, in der feministischer Antimilitarismus in verschiedenen Ländern und im historischen Zeitablauf vorgestellt wird. Aus meiner Perspektive möchte ich die oben genannten Aspekte in die Aktivitäten von EBCO einbringen. Im Übrigen sind außer mir weitere Frauen bei EBCO aktiv.

Mit der KDV-Arbeit kam ich während meines Studiums erstmals als Freiwillige in der griechischen Sektion von Amnesty International (AI) in Kontakt. AI hat großartige Arbeit in der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern weltweit sowie in Griechenland geleistet. Ich war aktiv bei Kampagnen und der Lobbyarbeit und habe – in leider vielen Fällen – griechische Verweigerer vor Militärgerichten verteidigt. 2002 habe ich an einem von EBCO ausgerichteten Seminar „Graswurzel-Aktivitäten für Konfliktvermeidung und Frieden auf dem Balkan“ im Europäischen Jugendzentrum in Straßburg teilgenommen. Es war eine sehr interessante Erfahrung für mich und der Beginn meiner Tätigkeit bei EBCO.

ZivilCourage: Was sind die Hauptziele von EBCO?

Alexia Tsouni: EBCO wurde 1979 gegründet und kämpfte für die Anerkennung des Rechts auf KDV in allen Staaten der EU. Heute ist ein Hauptanliegen die Förderung und Umsetzung dieses Rechts in allen Mitgliedstaaten des Europarats. Wir fordern das Recht, die Vorbereitung und Beteiligung an jedem Krieg sowie an jeder militärischen Aktivität zu verweigern. EBCO unterstützt sowohl Kriegsdienstverweigerer, die bereit sind, einen zivilen Alternativdienst zu leisten, wie auch Totalverweigerer, die beide Dienste ablehnen. Totalverweigerer sollten als rechtmäßige Kriegsdienstverweigerer respektiert und sie sollten keinesfalls inhaftiert werden; andernfalls betrachtet EBCO sie als Gefangene aus Gewissensgründen und fordert ihre Freilassung. EBCO setzt sich auch dafür ein, dass Verweigerer aus Ländern, die das Menschenrecht auf KDV nicht oder nur unzureichend anerkennen, das Recht auf Asyl erhalten.

In einem weiteren Sinne arbeitet EBCO für eine Kultur des Friedens und unterstützt Antimilitarismus sowie gewaltfreien Widerstand.

ZivilCourage: Welche Aktivitäten standen in jüngster Vergangenheit im Vordergrund? Gemessen am Namen könnte man EBCO für eine langweilige und altmodische Organisation halten, die hauptsächlich Lobbyarbeit betreibt.

Alexia Tsouni: Politische Umstände zu verändern erfordert oft langweilige Arbeit. Viele Dinge können durch Proteste und spontane Aktionen angestoßen werden. Letztlich müssen wir aber den Entscheidungsprozess der Regierungen beeinflussen. Gesetze zu ändern kann viele

---

Am 9. Mai protestierte die Vereinigung der griechischen Kriegsdienstverweigerer im Rahmen der Antinationalistisch-Antimilitaristischen Initiative vor dem Verteidigungsministerium in Athen gegen die hohen Rüstungsausgaben.

Protest griechischer Kriegsdienstverweigerer vor dem Verteidigungsministerium in Athen

Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut Sipri sind die griechischen Militärausgaben zwischen 2000 und 2009 inflationsbereinigt um 27 Prozent (und damit fast doppelt so stark wie in Gesamteuropa) gestiegen und lagen mit einem Anteil von ca. 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) weit über dem europäischen Durchschnitt. Nach aktuellen Angaben des griechischen Verteidigungsministers sollen sie 2010 auf 6 Milliarden Euro und einen BSP-Anteil von 2,8 Prozent sinken. Auch das wäre ebenso wie bei der Türkei, mit dem sich Griechenland seit Jahrzehnten ein Wettrüsten liefert, ein deutlich überdurchschnittlicher Prozentsatz. Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs betätigen sich trotz notwendigen Schutzschirms zur Abwendung eines griechischen Staatsbankrotts als Waffendealer: Frankreich hat an Griechenland in jüngerer Vergangenheit Fregatten und Hubschrauber verkauft, Deutschland U-Boote. Bei seinem Athen-Besuch im Februar wies Außen(handels)minister Westerwelle darauf hin, die „Eurofighter“-Länder wollten bei einer griechischen Entscheidung zum Kauf von Kampfflugzeugen berücksichtigt werden.

Die griechischen AntimilitaristInnen forderten bei ihrem Protest u.a. ein Ende des Wettrüstens zwischen Griechenland und der Türkei, eine sofortige einschneidende Verringerung aller Rüstungsprogramme, den Abzug der griechischen Streitkräfte aus internationalen Einsätze wie in Afghanistan und Kosovo sowie Investitionen in den öffentlichen Sektor (Bildung, Gesundheit, Umweltschutz usw.), die dringend notwendig seien.

Jahre dauern, aber es hilft dabei, Menschen das Gefängnis zu ersparen.

Ein Beispiel ist unsere erfolgreiche Lobbyarbeit beim Europarat, bei dem EBCO beratenden Status hat und dem Generaldirektorat für Menschenrechte mit Expertisen und Rechtsgutachten zuarbeitet. Am 24. Februar 2010 hat das Ministerkomitee des Europarats die Empfehlung CM/Rec (2010)4 angenommen, die Menschenrechte von Angehörigen der Streitkräfte behandelt. In der Empfehlung steht u.a., dass Wehrpflichtige das Recht haben sollten, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden und dass ihnen ein Alternativdienst mit zivilem Charakter angeboten werden sollte. Außerdem wird dort festgehalten, dass Berufssoldaten die Streitkräfte aus Gewissensgründen verlassen können sollten und dass diejenigen, die dieses Recht in Anspruch genommen haben, weder Strafverfolgung noch irgendeine Art von Diskriminierung drohen sollte.

EBCO hat laut der Bandrés-Molet-und-Bindi-Entschließung des Europäischen Parlaments von 1994 den Auftrag, dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments zuzuarbeiten bei der Erstellung eines jährlichen Berichts, wie die Mitgliedsstaaten die Entschließung umsetzen. Wir kritisieren den Ausschuss dafür, dass er seiner Aufgabe nicht nachkommt, und legen einen eigenen Jahresbericht vor. In unserem letzten Bericht von 2009 haben wir die Empfehlung ausgesprochen, das Europäische Parlament solle eine neue Entschließung zur KDV annehmen, um die Entwicklungen seit der letzten Resolution von 1994 zu berücksichtigen. Aktuell sind wir damit beschäftigt, Mitglieder des Europaparlaments von dieser Forderung zu überzeugen.

EBCO hat außerdem die volle Mitgliedschaft im Europäischen Jugendforum, dem 98 nationale und internationale Jugendorganisationen aus ganz Europa angehören. In den letzten Jahren haben wir aktiv in der Arbeitsgruppe zu Menschenrechten mitgearbeitet. Zusammen mit der WRI und den Quäkern setzten wir uns auch bei den Vereinten Nationen für die Fundierung des Menschenrechts auf KDV ein.

Dennoch tun wir viel mehr, als nur Lobbyarbeit zu leisten. Wir führen Kampagnen zugunsten von Kriegsdienstverweigerern durch und fordern ihre Freilassung, wenn sie in Haft sind, bzw. die Beendigung ihrer Strafverfolgung. Im Februar war z.B. ein EBCO-Vertreter in Griechenland, um vor Militärgerichten zur Verteidigung eines Totalverweigerers und eines Berufssoldaten, der seine Verweigerung erklärt hatte, auszusagen. Wir haben in ähnlicher Weise Kriegsdienstverweigerer in anderen Ländern wie Armenien, Großbritannien, Israel und der Türkei unterstützt. Besonders stolz sind wir auf gemeinsame Aktionen unserer griechischen und türkischen Freunde sowie zwischen griechischen und türkischen Verweigerern auf Zypern.

Alexia Tsouni ist Generalsekretärin des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung – European Bureau for Conscientious Objection (EBCO). Auf dem Foto ist sie (2. von rechts) bei einer Solidaritätsaktion für den damals inhaftierten türkischen Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan vor der türkischen Botschaft in Athen im April 2005 zu sehen. Mit Alexia Tsouni sprach für die **ZivilCourage** der internationale Sprecher der DFG-VK Guido Grünewald, der für die DFG-VK bei EBCO mitarbeitet.
Weitere Informationen zu EBDO im Internet: *www.ebco-beoc.eu*

Im Oktober 2009 haben wir zusammen mit der Vereinigung von Organisationen zu Freiwilligendiensten (AVSO) im Europäischen Jugendzentrum in Budapest ein Seminar zum Thema „Freiwilligendienste und Interkultureller Dialog“ veranstaltet. Dort kamen 35 TeilnehmerInnen aus 20 Ländern aus Europa und dem Nahen Osten zusammen.

Andere Aktionsformen umfassen öffentliche Diskussionsforen, Straßenaktionen und Proteste. Mindestens einmal jährlich – meist am 15. Mai, dem internationalen KDV-Tag – treffen wir uns und beleuchten die Situation in einem spezifischen Land. Wir treffen dort Vertreter von Regierungen und Menschenrechtsorganisationen, organisieren Konferenzen, Demonstrationen oder Happenings und halten unsere Jahresversammlung ab. In den letzten Jahren haben wir uns so in Istanbul, Athen, dem durch eine Mauer geteilten und militarisierten Nikosia und dieses Jahr in Barcelona getroffen, wo wir den 10. Jahrestag der Beendigung der Wehrpflicht in Spanien gefeiert haben.

ZivilCourage: Für eine kleine Organisation sind das eine Menge Aktivitäten. Wie kann EBCO das bewerkstelligen, zumal das Budget vermutlich klein ist?

Alexia Tsouni: EBCO selbst ist eine Art Koordinationsbüro. Aktionen und Kampagnen werden hauptsächlich von den Mitgliedsorganisationen durchgeführt. Im Koordinierungsausschuss arbeiten momentan 23 Personen aus unterschiedlichen Organisationen und Ländern mit. Diese Struktur hat sich als sehr flexibel und effektiv bewährt.

Natürlich sind auch bei EBCO einige Menschen aktiver als andere. Es ist erstaunlich, wie viel von zwei oder drei Personen mit einem kleinen Budget bei effektiver Arbeit erreicht werden kann. Dennoch sollten wir in die Lage kommen, unsere Freunde in der Türkei, am Kaukasus und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion besser zu unterstützen. Dafür wäre mehr Geld nötig, um die Verweigerer in ihren Heimatländern besuchen, sie zu unseren Treffen einladen, vor Gericht für sie aussagen oder Kampangen für sie organisieren zu können. Unser Haushalt wird jedoch fast nur aus den Beiträgen der Mitgliedsorganisationen gespeist, von denen viele selbst finanziell schwach sind. Wir sind daher dankbar, dass die DFG-VK jährlich einen regelmäßigen Beitrag zu unserem Budget leistet.

Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger

In Afghanistan nichts Neues? Doch! Das Desaster ist vollständig.

Am 25. Juli veröffentlichte die Internetseite *Wikileaks.org* 90.000 geheime Dokumente der US-Armee über den Krieg in Afghanistan. Der britische „Guardian", der deutsche „Spiegel" und die us-amerikanische „New York Times" brachten zeitgleich Auszüge. Diese ersten Berichte und meine ersten Eindrücke zeigen ein fatales Bild: Überall in Afghanistan werden z.B. durch die Kampfhandlungen der Alliierten deutlich mehr Zivilisten umgebracht als bisher öffentlich bekannt war. Der pakistanische Geheimdienst sei im Grunde genommen der beste Unterstützer der gegnerischen „Taliban". Zum Zuständigkeitsbereich der deutschen Bundeswehr zeigen die Dokumente: Eine us-amerikanische Spezialeinheit jagt dort Gegner ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Und: Im Norden Afghanistans, im Bundeswehr-Bereich um Kunduz ist die Lage sehr viel schlechter als bisher zugegeben.

Und die Situation eskaliert heftig weiter: Wenige Tage vor der Veröffentlichung sind „mal wieder" bis zu 45 Zivilisten bei einer Nato-Raketenattacke auf ein Dorf in der „Unruheprovinz" Helmand getötet worden.

Derzeit läuft auch eine Debatte über die Umgestaltung der Bundeswehr. Doch bei allen derzeit diskutierten Modellen für die Bundeswehr ist eines immer klar: Sie soll weiter ausgerichtet werden auf eine Armee im Einsatz, im Kriegseinsatz, so wie in Afghanistan. Dies ist der Schlüsseleinsatz der Bundeswehr.

Am 4. September wird sich das Massaker von Kundus jähren. Dieses Massaker ist ein Symbol für die Kriegsführung der Bundeswehr in Afghanistan geworden. Die Schuldigen für die Ermordung von ca. 140 Zivilisten, der befehlgebende deutsche Oberst Klein und die ihn deckende Bundeswehr-Führung unter Militärminister Guttenberg haben zwar keine Strafen zu befürchten. Doch politisch ist dieses Massaker „zum Glück" nicht ausgestanden. Selbst der Untersuchungsausschuss des Bundestages bearbeitet den Fall noch bis heute. Wir als Antikriegs- und Friedensbewegung sollten den Jahrestag für klare Proteste gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan nutzen!

Zeitgleich verschärft die Bundeswehr ihre Rekrutierungsmaßnahmen insbesondere auch an Schulen. Das ist die andere Seite der Medaille. Der Bericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr von 2009 hat nun bestätigt, dass unsere Proteste gegen das Auftreten der Bundeswehr in Schulen teilweise ziemlich erfolgreich sind. Lasst uns auch diese Proteste verstärken!

Der Wesenskern von CDU/CSU

„Rückzugsgefechte" um die Wehrpflicht

Von Stefan Philipp

Nach der Vereinbarung des Koalitionsvertrages im letzten Herbst zwischen CDU, CSU und FDP mit der von vielen Seiten als fauler Kompromiss kritisierten geplanten Reduzierung der Grundwehrdienstdauer auf sechs Monate schien das Thema Wehrpflicht für diese Legislaturperiode eigentlich abgehakt. Dann erschien eine Woche nach der Sparklausur der Bundesregierung Mitte Juni ein „Spiegel"-Interview mit Minister Guttenberg, mit dem die Wehrpflicht-Debatte schlagartig wieder eröffnet und höchst spannend akzentuiert wurde.

Auf die Frage, ob es die Wehrpflicht in zehn Jahren noch gebe, sagte der Minister: „Im Grundgesetz wird es sie noch geben. Faktisch wird sie in zehn Jahren wohl abgeschafft sein." Obwohl er sich selber als Anhänger der Wehrpflicht bezeichne, zwängen „strukturelle Gründe" zu einer Neubewertung. Gemeint ist damit ist der vollständige Umbau der Bundeswehr, die „professioneller, schneller und flexibler" werden müsse und bei der der schon heute „auf ein Minimum" geschrumpfte Anteil der Landesverteidigung noch „kleiner" werde. Also: Deutsches Militär im weltweiten Einsatz verträgt sich mit der Wehrpflicht nicht, weil sie dysfunktional und angesichts des Sparzwangs nicht finanzierbar ist. Auf die Frage schließlich, ob „die militärische Führung Ihr Argument, dass man Wehrpflichtige für die künftige Einsatzarmee nicht mehr gebrauchen kann", akzeptiere, antwortete der Minister trocken: „Das ist ein Argument, das im Wesentlichen von der militärischen Führung formuliert wird."

Ein solches Interview gibt man nicht mal so nebenher, man kann vielmehr davon ausgehen, dass Guttenberg einerseits seine grundsätzliche Position öffentlich verankern wollte, und dass andererseits Inhalte und Formulierungen sowohl mit der politischen und der militärischen Spitze seines Ministeriums als auch mit wichtigen Personen in CDU und CSU abgesprochen wurden. Denn es war klar: Für viele in diesen beiden Parteien ist die Wehrpflicht eine „heilige Kuh", sie gehöre, wie der „Spiegel" schrieb, zu deren „genetischem Kern". Die Verteidiger dieses Wesenskerns der Union werden deshalb ihren Widerstand gegen Guttenberg und seine Pläne organisieren.

Dass Guttenberg mit seiner Popularität zu einem Rivalen für die Vorsitzenden in beiden Unionsparteien geworden ist, passt ihnen da natürlich gut ins Konzept, weil die Wehrpflicht denen die Möglichkeit gibt, den „jugendlichen Heißsporn" zu stutzen. Aber: Ohne ein schlüssiges Konzept, das sicherheitspolitisch begründet ist, die offene Frage nach der „Wehrgerechtigkeit" beantwortet und das das militärisch überflüssige Luxusgut Wehrpflicht (das die betroffenen jungen Männer mit ihrer geraubten Freiheit bezahlen) finanzierbar macht, werden sie die Schlachtung der heiligen Kuh schwerlich verhindern können.

Wir werden deshalb wohl nun in den nächsten Monaten »Rückzugsgefechte« erleben. Guttenberg soll Anfang September erläutern, wie er bis zu 40.000 Soldaten »abbauen« will, die beiden Unionsparteien werden auf ihren Parteitagen im Herbst ihre Position zur Wehrpflicht beschließen. Natürlich werden diejenigen, die aus ideologischen Gründen an ihr festhalten wollen, laut tönen, aber woher das Geld für die Wehrpflichtarmee kommen soll – europäisch und bezogen auf die Nato betrachtet übrigens ein absolutes Auslaufmodell –, werden sie letztlich nicht erklären können.

Viel spricht deshalb für dieses Szenario: Die Union findet programmatisch einen Kompromiss, der so ähnlich aussieht wie der, den die Sozialdemokraten bereits gefunden haben: Die Wehrpflicht bleibt im Grundsatz bestehen, einberufen wird aber nur noch, wer sich dafür freiwillig meldet. Damit wahren alle ihr Gesicht, die FDP wird sich mit dieser Lösung zufrieden geben, die Sozis können schlecht widersprechen, Grüne und Linke interessieren bei dieser ganz großen Koalition nicht.

Pazifistische Perspektiven

Für KriegsgegnerInnen, PazifistInnen und AntimilitaristInnen sieht das nicht ganz so einfach aus.

Zunächst müssten sie konstatieren, dass keines ihrer inhaltlichen Argumente den Zerfall der Wehrpflicht bewirkt hat; nicht als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen fällt der Kriegsdienstzwang, sondern weil er zu teuer ist. Krieg hingegen wird Deutschland weiterhin führen – billiger, effektiver und »tödli-

cher«. Aus menschenrechtlicher Sicht fällt wenigstens die Abrichtung ganzer männlicher Generationen auf das »Dienen fürs Vaterland« weg, ein klarer Freiheitsgewinn.

Friedens- und KDV-Organisationen müssten sich nicht mehr der Beratung von Kriegsdienstverweigerern beschäftigen und sich mit Behörden und Gerichten »herumschlagen«. Die Erfahrungen der DFG-VK aus den letzten Jahrzehnten zeigen es: Politisch hat die Beratungsarbeit wenig bis nichts bewirkt, weder mitgliedermäßig für die eigene Organisation noch politisch für eine starke Antikriegsbewegung. Der faktische Wegfall der Wehrpflicht könnte und müsste von ihr und anderen Organisationen zum Anlass genommen werden, neue Konzepte wirksamer Antikriegsarbeit zu entwickeln – angefangen von der effektiven Behinderung und Skandalisierung der Rekrutierung so genannter Freiwilliger, darunter in erheblicher Zahl angesichts der wirtschaftlichen Lage perspektivloser junger Männer und Frauen, über die Betreuung und Organisierung von Desertion und Kriegsdienstverweigerung (noch) aktiver Soldaten bis hin zur Zusammenarbeit mit kritischen und desillusionierten Veteranen; alles Bausteine neben anderen für eine umfassende Strategie, die das kriegskritische Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit stärken und ihm politische Wirkung verleihen muss.

Und schließlich: Vielleicht gelingt es, aus der jahrzehntelangen fruchtbaren Zusammenarbeit eines breiten Bündnisses von radikalen PazifistInnen, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Kirchen zum Thema Gewissensfreiheit der Kriegsdienstverweigerer in der Zentralstelle KDV den Schluss zu ziehen: Ein solches Bündnis ist – nun in anderem Rahmen – nötig gegen deutsche Kriegspolitik und für – mindestens – den »Vorrang von zivil«.

Vielen radikalen KriegsgegnerInnen, PazifistInnen und AntimilitaristInnen – gerade auch in der DFG-VK – würde das zu wenig sein. Aber auch sie können die Augen nicht davor verschließen, dass die „alte“ Friedensbewegung in den letzten Jahren nicht gerade größer geworden ist, dass es ihr nicht gelungen ist, wirklich die Massen zu bewegen, dass sie es nicht vermocht hat, die gegen den Afghanistankrieg kritische Bevölkerungsmehrheit zu einem bestimmenden Politikfaktor zu machen.

Vielleicht sollten sich „die Radikalen“ klar machen, dass sie mit ihrer Grundsatzposition immer Minderheit waren und das wohl auch bleiben werden. Das ändert nichts an der Richtigkeit und Bedeutung ihrer Position. Aber daraus folgt, dass sie nach Bündnispartnern suchen müssen, um wenigstens Teilziele zu erreichen. Für die Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten in „Einzelfragen“ – z.B. der Beendigung des Afghanistankrieges – müssen breite gesellschaftliche Bündnisse geschmiedet und Kompromisse gefunden und erarbeitet werden – die berüchtigten Minimalkonsense. Wenn diese die eigenen Grundsatzpositionen nicht desavouieren, sind sie Schritte in die richtige Richtung.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58961161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt • **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) • **Druck:** GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345 • **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • **ISSN:** 1614-1954 • **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. • **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich • **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. • **Beilagen:** Flyer PAXX 2010 und „Es ist Krieg“, Postkarte „Der nukleare ‚Schirm‘ bietet keinen Schutz.“(Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg und Beilage des DFG-VK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (jeweils Teilauflage) • **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 26. Juli. Die nächste Ausgabe erscheint im September/Oktober, Redaktionsschluss ist der 13. September.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage** *und stellvertretender Vorsitzender der Zentralstelle KDV.*

Wehrpflicht im zweiten Halbjahr 2010

Hinweise für Kriegsdienstverweigerer und KDV-BeraterInnen

Von der Zentralstelle KDV

Zurzeit läuft eine spannende öffentliche Debatte um das Fortbestehen der Wehrpflicht. Gleichzeitig wurde vom Bundestag gerade ein Gesetz verabschiedet, mit dem auf der einen Seite die Wehr- und Zivildienstdauer auf sechs Monate verkürzt werden soll, auf der anderen Seite aber durch einen so genannten „freiwilligen zusätzlichen Zivildienst“ soziale Einrichtungen mehr noch als bisher vom Zivildienst abhängig gemacht werden sollen.

Was bedeutet das für diejenigen, die unmittelbar vom Wehr- und Zivildienst betroffen sind. Wie sollen sie sich entschieden, wenn sie die nächsten ein oder zwei Jahre ihres Ausbildungs- oder Arbeitslebens planen?

Wir wollen nachfolgend einige Hinweise geben, die aber nicht den Anspruch haben können, endgültig zu sein. Es ist unabdingbar, die aktuelle Debatte genau zu verfolgen und in vielen Einzelfällen ist es sicher sinnvoll, das Gespräch mit Fachleuten zu suchen, zum Beispiel über die telefonische Hotline der Zentralstelle KDV.

1. Beschleunigen oder verschieben?

Grundlage für alle Entscheidungen sollte immer die Lebenssituation des Einzelnen sein.

Wer **„biografische Lücken“ füllen** will oder berufliche Orientierung wünscht, kann natürlich nach wie vor Wehr- oder Zivildienst antreten und diesen auch zu Ende leisten. Wenn ein Einberufungsbescheid vorliegt, in dem der Dienstort, der Dienstantrittszeitpunkt und die Dienstdauer festgelegt sind, dann ist dieser Bescheid nicht nur ein „belastender Verwaltungsakt“, sondern rechtlich auch ein so genannter „begünstigender Verwaltungsakt“. Dieser kann von den Behörden praktisch nur mit Einverständnis des Betroffenen zurückgenommen werden. Wer also auf die Ableistung des ursprünglichen Dienstes besteht, hat darauf einen Anspruch. Das gilt für Einberufungsbescheide, die eine neunmonatige Dienstdauer festlegen ebenso wie für Einberufungsbescheide, die eine

Dienstzeit nach dem Aussetzungszeitpunkt der Wehrpflicht festlegen.

Wer aber weiß, dass er eine Ausbildung oder ein Studium beginnen will oder kann, sollte **Wehr- und Zivildienst „nach hinten“ verschieben**, weil viel dafür spricht, dass die Wehrpflicht im Laufe des nächsten Jahres ausgesetzt wird. Was dazu im Einzelnen getan werden kann, ist weiter unten nachzulesen.

2. Auswirkungen des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2010

Zum 1. Dezember 2010 tritt das Wehrrechtsänderungsgesetz 2010 in Kraft.

Die **Dienstdauer bei Wehr- und Zivildienst** wird mit Wirkung vom 1.1.2011 auf sechs Monate festgesetzt. Das bedeutet, dass Zivildienstleistende, die am 1.Mai 2010 ihren Dienst begonnen haben, nach acht Monaten Zivildienst, dass Zivildienstleistende, die am 1. Juni 2010 ihren Dienst begonnen haben, nach sieben Monaten, und dass diejenigen, die am 1. Juli 2010 ihren Dienst begonnen haben, nach sechs Monaten entlassen werden. Wer die ursprünglich festgesetzte Dienstzeit leisten will, kann das tun. Es muss dann ein entsprechender Antrag beim Bundesamt für den Zivildienst gestellt werden.

Helfer im **Zivil- und Katastrophenschutz**, die am 30.11.2010 oder später mindestens vier Jahre bei ihren Organisationen mitgewirkt haben, sind auf Antrag zu entlassen. Freiwillige weitere Mitwirkung ist natürlich möglich.

Kriegsdienstverweigerer, die ein **Freiwilliges Jahr** leisten, haben am 30.11.2010 oder später die Pflicht, Zivildienst zu leisten, erfüllt, wenn sie mindestens acht Monate im Freiwilligen Jahr tätig waren.

Ab dem 1.12.2010 besteht die Möglichkeit, im Anschluss an den Zivildienst einen sogenannten **„freiwilligen zusätzlichen Zivildienst“** für drei bis sechs Monate zu vereinbaren. Der Antrag kann ab dem dritten Zivildienstmonat gestellt werden. Das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis muss sich unmittelbar an den Zivildienst anschließen. (siehe auch weiter unten unter 6.)

3. Grundsätzlich nur auf Behördenschreiben reagieren

Es ist unbekannt, welche Weisungen zurzeit an die ausführenden Behörden (Kreiswehrersatzämter und Bundesamt für den Zivildienst) gegangen sind oder noch gehen. Erste Anzeichen deuten aber darauf hin, dass auch hier der Ausstieg aus der Zwangswehrpflicht vorbereitet wird. In den letzten Jahren sind pro Quartal gut 16.000 Wehrpflichtige einberufen worden. Für das dritte Quartal 2010 (Dienstantritt Juli) sind 20 Prozent weniger, nämlich 13.000 zum Wehrdienst einberufen worden.

Wer sich nicht von sich aus meldet, wird eher in Ruhe gelassen als derjenige, der durch Anfragen etc. in das Blickfeld der Behörden kommt.

4. Verhalten bei der Musterung

Termine für die Musterung können verschoben werden. Je später gemustert wird, desto besser. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz sind die Behörden verpflichtet, alle Regelungen offenzulegen, die ein bestimmtes Verfahren betreffen. Wer zur Musterung kommen soll, hat einen Anspruch darauf, von der Behörde die Musterungsverordnung (Zentrale Dienstvorschrift 46/1) ausgehändigt zu bekommen. Wer zur Musterung geladen wird, sollte erst zu dem Untersuchungstermin gehen, wenn ihm zuvor die Musterungsverordnung zugeschickt wurde.

Anhand der Musterungsverordnung lässt sich mit den eigenen Ärzten ziemlich genau vorhersagen, zu welchem Ergebnis die Musterung führen wird. Es lässt sich zudem herausfinden, welche gesundheitlichen Merkmale dazu führen, dass das Anforderungsprofil für Grundwehrdienstleistende nicht mehr erfüllt werden kann.

Gegen Musterungsergebnisse, sofern sie auf „tauglich“ lauten, kann Widerspruch eingelegt, gegen Widerspruchsbescheide kann Klage eingereicht werden. Das Widerspruchsverfahren schützt gesetzlich vor einer Einberufung, das Klageverfahren in der Praxis.

5. Zurückstellungen vom Wehr- und Zivildienst

Neben den eindeutigen Zurückstellungsregelungen für Ausbildung und Studium dürften Zurückstellungen nach der Generalklausel in § 12 Absatz 4 Satz 1 Wehrpflichtgesetz bzw. § 11 Absatz 4 Satz 1 Zivildienstgesetz zukünftig eine größere Rolle spielen. In der Vorschrift heißt es: „Vom Wehr-/Zivildienst soll ein Wehrpflichtiger/anerkannter Kriegsdienstverweigerer auf Antrag zurückgestellt werden, wenn die Heranziehung zum Wehrdienst für ihn wegen persönlicher, insbesondere häuslicher, wirtschaftlicher oder beruflicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde.“ Auch wenn die „besondere Härte“ immer nur im Vergleich mit anderen Wehr-/Zivildienstpflichtigen entstehen kann, so dürfte das Vorliegen dieser besonderen Härte leichter angenommen werden können, wenn die Wehrpflicht allgemein zur Disposition steht. Wir können also nur ermutigen, Zurückstellungsanträge zu stellen und zu begründen, warum im Einzelfall durch die Einberufung mehr als eine allgemeine Härte, die alle Einberufenen gleichermaßen trifft, entsteht.

6. Freiwilliger zusätzlicher Zivildienst

Ab dem 1.12.2010 kann ein so genannter „freiwilliger zusätzlicher Zivildienst“ geleistet werden. Dabei handelt es sich um eine neuartiges „öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis“, das einem Bundesbeamtenverhältnis auf Zeit vergleichbar ist. Dieses Dienstverhältnis kann nur auf Antrag des Dienstpflichtigen, der frühestens ab dem dritten Zivildienstmonat gestellt werden darf, eingerichtet werden. Die Einstellung unterliegt zudem der Mitbestimmung des jeweiligen Betriebs- oder Personalrats bzw. der Mitarbeitervertretung.

Bisher war es üblich, das Weiterarbeiten in der Zivildienststelle im Rahmen normaler Arbeitsverhältnisse mit üblicher tariflicher Bezahlung vorzusehen. Das sollten alle ehemaligen Zivildienstleistenden, die nach ihrer sechsmonatigen Zivildienstzeit weiterarbeiten wollen, ebenfalls anstreben.

Wer trotz dieser Möglichkeit auf das neue öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis ausweichen will, sollte darauf dringen, dass ihm zusätzlich zu den üblichen Zivildienstbezügen der Zivildienstzuschlag nach § 41a Absatz 5 Zivildienstgesetz in Höhe von 20,45 Euro kalendertäglich gezahlt wird. Die Betriebs- und Personalräte bzw. Mitarbeitervertretungen sollten darauf achten, dass dieser Zuschlag auch tatsächlich gezahlt wird.

Strikt abzulehnen ist die Weiterarbeit in der Zivildienststelle zu den bisherigen Zivildienstbedingungen. Mit einen Stundenlohn vom umgerechnet 3,75 Euro wird der geltende Mindestlohn für Pflegehilfstätigkeiten unterlaufen. Wer sich als ehemaliger Zivildienstleistender dazu hergibt, freiwillig für einen solchen Lohn zu arbeiten, schadet dem Sozialbereich.

7. Wo gibt es konkrete Hilfe?

Diese allgemeinen Hinweise sind für den Einzelfall noch zu wenig konkret. Sie können nur den groben Rahmen abstecken, in dem sich Überlegungen zum Umgang mit der Wehrpflicht bewegen sollten. Im Einzelfall können sich alle Ratsuchenden an die telefonische und E-Mail-Hotline der Zentralstelle KDV wenden. Details gibt es dazu unter *www.Zentralstelle-KDV.de ▸ Telefon-Info-Hotline*

BRIEFE

LeserInnenbriefe sind immer willkommen. Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor.
Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der **ZivilCourage** wieder.

ZivilCourage-Graphik

Zu Ausgabe 2/2010, Titelgeschichte
Seit etwa 34 Jahre lese ich nun die **ZivilCourage**, immer mit großen Interesse, ganz selten mal mit einem Stirnrunzeln. Jetzt endlich eine kleine Mail, es gibt immer ein erstes Mal.

Anlass ist der Artikel „jetzt atomwaffenfrei“ von Kollege Zumach – wie immer einwandfrei verfasst. Allerdings ist mir fast die Kinnlade runter gefallen, als ich den blauen Kasten „Weg mit den Tarnwörtern“ sah. Wolf Schneider plädiert dafür, nicht die Vokabel „Kern“- bzw. „Nuklearwaffe“ zu gebrauchen, da sie zur „Tarnung und Beschwichtigung“ verwendet wird. Stattdessen solle der Begriff „Atomwaffe“ verwendet werden, schließlich sei das „die deutsche Sprache und nichts sonst“.

Hmpf. Euphemismen („Liebesministerium“ et al) aufzudecken finde ich grundsätzlich begrüßenswert, aber aus ideologischen Gründen sachlich unsinnige Vokabeln zu verwenden, finde ich gerade bei Themen, zu deren Details die meisten eh nur eine vage Vorstellung haben, wenig hilfreich. Auch in einer politischen Auseinandersetzung kann etwas Genauigkeit nicht schaden: Irgendwann landet man ja doch auf der Sachebene, und da hilft ein „politisch korrektes“ Vokabular wenig, wenn es den Fakten widerspricht.

Also: Natürlich geht es beim NPT um Kernwaffen, denn die entscheidenden Prozesse bei solchen Waffen spielen sich nun mal im Atomkern ab, und nicht in der Atomhülle, wie es z.B. bei Sprengstoffen oder anderen chemischen Waffen der Fall ist. „Atomwaffe“ sagt letztlich gar nichts aus, denn die meisten Waffen wirken „irgendwo“ auf atomarer Ebene. Entscheidend ist aber, dass Kernwaffen die Materie in ihrer „innersten“ Struktur angreifen, das macht sie so verheerend – und das sollte auch sprachlich zu Geltung kommen.

Ob sich ein Wort harmlos anhört, scheint mir gelegentlich irreführend zu sein, schließlich hört sich „Wasserstoffbombe“ erst mal harmloser als „Atombombe“ an, erstere ist aber um Größenordnungen wirksamer, dann doch lieber „Kernfusionsbombe“ (Fusionsbombe) und „Kernspaltungsbombe“ (Fissionsbombe), das klingt wenigstens annähernd ähnlich gefährlich.

Schleierhaft ist mir vor allem, wie Wolf Schneider zum Schluss kommt, dass „Atombombe“ „die deutsche Sprache und nichts sonst“ sei – im Gegensatz zu „Kernwaffe“. Hört sich nach Willkür an.

Also: Ja – weg mit den Tarnwörtern! Aber nur, wenn es Tarnwörter sind.
Andreas Berg

✷

Zu Ausgabe 2/2010, Briefe
Die Diskussion zum Thema „Schampussaufen“ zeigt, dass offenkundig menschenverachtende, klammheimliche Freude am Tod von Soldaten vereinbar ist mit einer Mitgliedschaft in der DFG-VK.

Der jüngste Text des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg „Achtung: Party verlegt“ demonstriert darüber hinaus, dass dessen aktive Mitglieder unfähig (vielleicht sogar unwillig) sind, die Ursachen des Afghanistankrieges rational zu analysieren, sondern sich statt dessen lieber in dümmlicher Schwarz-Weiß-Propaganda gefallen. So ist es schlichtweg Unsinn, zu behaupten, „die deutsche Industrie“ und „die deutsche Wirtschaft“ hätten Grund zu feiern, und „führende Unternehmerkreise“ bemühten sich unter Einsatz aller Ressourcen, Kriege zum akzeptierten Mittel deutscher Politik zu machen.

Die Ursachen des Afghanistankrieges sind wesentlich komplexer. Wer wirklich eine Beendigung der Kriege und der mit Waffengewalt ausgetragenen Konflikte in und um Afghanistan sowie des islamistischen Terrorismus anstrebt, kommt um eine ernsthafte Analyse der Geschichte des im Laufe des 19. Jahrhunderts von Engländern als Pufferzone gegen die Russen eingerichteten künstlichen Gebildes „Afghanistan“ sowie der aktuellen Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse, die auch die traditionellen Gesellschaften der islamischen Welt massiv verändern und erschüttern, nicht herum. Und ganz nebenbei: Pazifisten sollten sich auch mit radikalen Mitteln zu Wort melden, wenn fundamentalistische Taliban und kriminelle Warlords mit Waffengewalt ihre Machtansprüche auch gegenüber einer wehrlosen Bevölkerung durchzusetzen versuchen.

Ernst Busche hat übrigens nicht begriffen, dass es gar nicht darauf ankommt, dass „Joachim Fischer, Jürgen Grässlin und andere DFG-Freunde“ keine Beweise dafür geliefert haben, dass ethisch verantwortungsvoll denkende Mitglieder die DFG verlassen. Wirklich bedenklich ist doch, dass Ernst derartige Beweise fordert und ihm das schlichte Argument ethischer Verantwortlichkeit allein nicht einleuchtet. Für meinen Teil bringe ich ihm diesen Beweis jedoch gerne.

Ich bitte die Redaktion, diesen Leserbrief in Gänze zu publizieren – damit ich mich in meinen über 30 Jahren Mitgliedschaft doch mindestens einmal deutlich zu Wort melden konnte. Die Diskussion in der letzen **ZivilCourage** habe ich mit großem Interesse verfolgt. Der Landesverband Berlin-Brandenburg hat sein Ziel, „eine gewisse Radikalisierung bei Friedensbewegten“ herbeizuführen, zumindest teilweise erreicht: Mir jedenfalls macht die Provokation endgültig deutlich, dass die DFG-VK für mich nicht der richtige Platz ist, da ich nicht pazifistisch genug bin, um nicht auch Partei für die zu ergreifen, die sich oder andere gegen Terror und Gewalt mit militärischen Mitteln schützen möchten (und dabei getötet werden können). Eine DFG-VK-Mitgliedschaft ist offensichtlich unvereinbar mit dem ernsthaften Versuch, auch diejenigen zu verstehen, die sich möglicherweise irren, wenn sie glauben, mit militärischen Mitteln den Terror menschenfeindlicher Ideologen bekämpfen zu können. Deshalb beende ich meine Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung.
Dirk Enzmann, Hamburg

DFG-VK-Termine

Landesaktiventreffen Rheinland-Pfalz: Samstag, 4. September, 11 Uhr; Rochusstraße 10, Mainz
Landesmitgliederversammlung Baden-Württemberg: Sonntag, 10. Oktober, 10-17 Uhr; Werastraße 10, Stuttgart (neue Landesgeschäftsstelle ab September)

Für den Frieden werben!

Material online im DFG-VK-Webshop bestellen

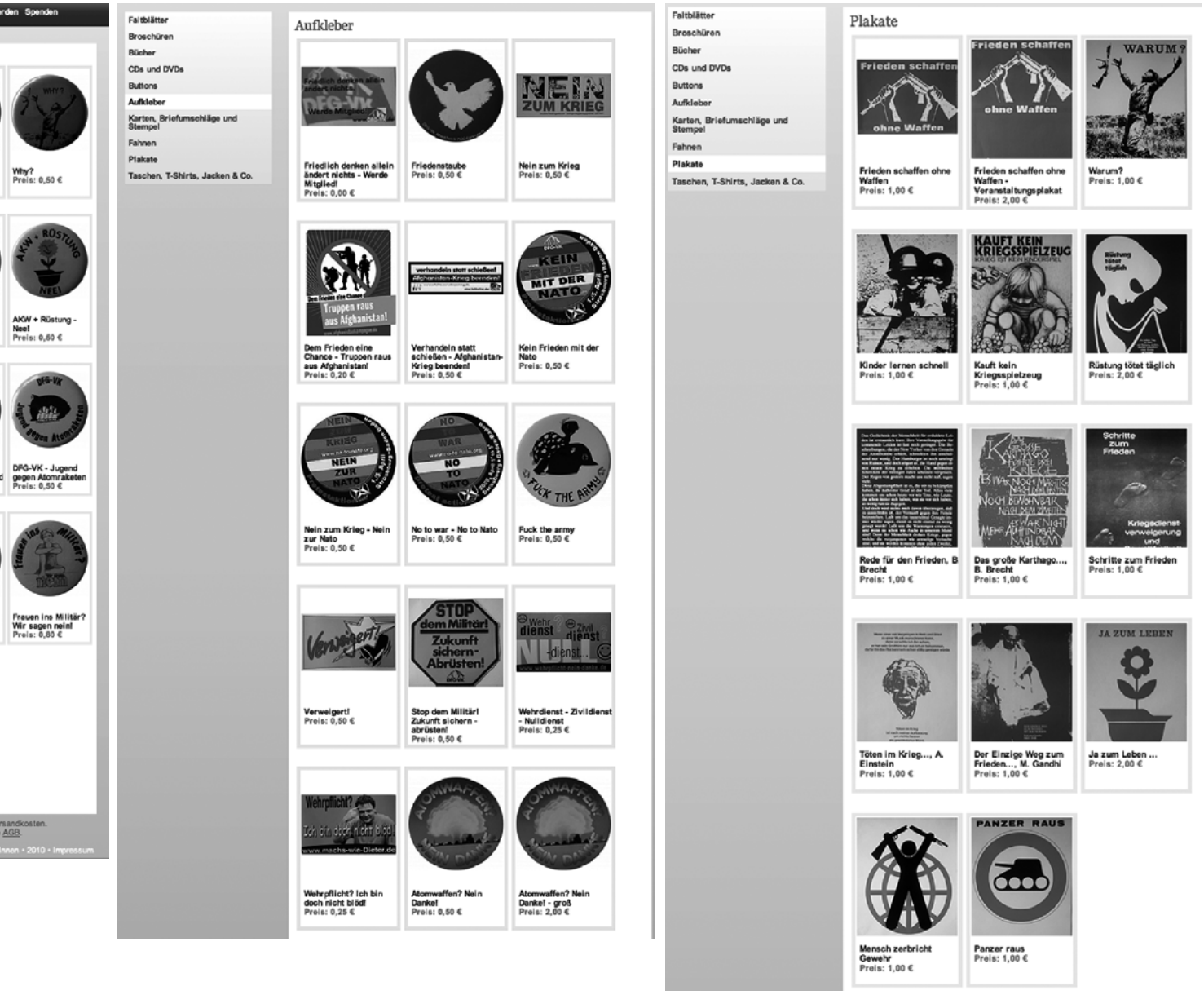
Von Monty Schädel

Seit längerem geplant und immer wieder verschoben konnten die letzten Wochen jetzt endlich dazu genutzt werden, die Materialien der DFG-VK, den aktuellen Zeiten angepasst, auch in einen Online-Shop zu präsentieren. Auch wenn noch nicht alles zu hundert Prozent fertig ist, wurde unser Shop im Juli zum Probelauf online gestellt. Menschen mit Interesse daran, nicht nur friedlich zu denken, nicht nur Mitglied in der DFG-VK zu sein, sondern (vor allem) daran, Informationen aus der DFG-VK (und darüber hinaus) gegen Krieg und Militär an Menschen zu verteilen und/oder die eigene Position für eine friedliche Welt nach außen darstellen zu wollen, finden jetzt auf der DFG-VK- Homepage Buttons, Aufkleber, Flyer, Plakate, Taschen, Bücher und anderes mehr. Dabei sind die ersten angebotenen Materialien nur eine Auswahl der bundesweit erarbeiteten DFG-VK-Materialien. Vieles von dem, was in den Gliederungen entwickelt und produziert wurde, wird – wenn gewünscht – in den nächsten Monaten mit eingestellt werden. Am Ende wird auch die DFG-VK ein umfassendes Angebot von Materialien für den Infotisch, von Ausstattungselementen für die Demonstrations- oder Aktionsteilnahme oder die private Werbung für den Frieden haben, welches unkompliziert am Computer bestellt werden kann.

Für die Abwicklung der Bestellungen ist unser Mitarbeiterin Susanne Jallow aus Stuttgart verantwortlich. Sie wird sich nicht nur um zügigen Versand der Bestellungen kümmern, sondern auch an der ständigen Verbesserung unseres Online-Angebotes arbeiten.

Neben der Online-Bestellmöglichkeit werden Bestellungen selbstverständlich aber auch in Zukunft über das Telefon (0711-2319479), per E-Mail (material@dfg-vk.de) oder per Briefpost (DFG-VK-Materialsand, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart) möglich sein.

www.dfg-vk.de/shop



DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1 A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Käpt'n Blaubär und der Hindukusch

Ein geografisch-politischer Sketsch

Käpt'n Blaubär und die drei Gummibärchen treten auf.

Enkel 1: Opa, weißt du eigentlich, was der Hindukusch ist?

Blaubär: Äh, habt ihr das nicht in der Schule gelernt?

Enkel 2: Nicht direkt. Neulich hat unser Lehrer was davon erzählt, aber ich habe mich nicht getraut zu fragen, was der Hindukusch eigentlich ist.

Blaubär: Tja, das kenn' ich. Also, dann will ich es euch mal versuchen zu erklären. Zunächst einmal: Der Hindukusch liegt viele tausend Kilometer von hier entfernt.

Enkel 3: Aber Opa, musst du eigentlich immer schwindeln!

Blaubär: Kinners, wieso unterstellt ihr mir denn immer so was? Der Hindukusch ist ein Gebirge und liegt wirklich ganz weit weg in einem Land, das Afghanistan heißt. Das könnt ihr mir ruhig glauben.

Enkel 1: Und wieso hat uns dann unser Lehrer erzählt, dass unsere Bundeswehr Deutschland am Hindukusch verteidigt?

Blaubär: Nun ja, dass die Bundeswehr da ist, das stimmt tatsächlich. Aber sie verteidigt uns da nicht.

Enkel 2: Was machen die denn dort? Soldaten sind doch zum Kämpfen da, oder?

Blaubär: Eigentlich schon, aber ich würde sagen, die sind da als so 'ne Art bewaffnete Sozialarbeiter.

Enkel 3: Und was machen heißt das?

Blaubär: Na, die bauen da z.B. Brücken, Schulen, 5Straßen und Krankenhäuser.

Enkel 1: Aber dann sind das doch eher bewaffnete Bauarbeiter...

Blaubär: So könnte man das auch sehen.

Enkel 2: Und warum schickt man da Soldaten hin und nicht richtige Bauarbeiter?

Blaubär: Da muss ich ein bisschen ausholen.

Enkel 3: Opa, nicht wieder eine von deinen Lügengeschichten!

Blaubär: Ich lüge nie, wie oft soll ich das noch sagen! Und wenn ihr was von mir wissen wollt, dann dürft ihr mich nicht dauern unterbrechen!

Enkel 1: Schon gut, Opa, wir hören dir zu.

Blaubär: Also, es gibt da einen ganz, ganz, bösen Mann, der heißt Osama Bin Laden.

Enkel 2: Gibt es den wirklich?

Blaubär: Natürlich, wenn ich es doch sage!

Enkel 2: Und was hat dieser böse Mann mit dem Hindukusch zu tun?

Blaubär: Der hatte sich dort mal versteckt, nachdem er in Amerika zwei Hochhäuser in die Luft gesprengt hatte.

Enkel 2: Was hat denn nun schon wieder Amerika mit dem Hindukusch zu tun, Opa?

Blaubär: Vielleicht lasst ihr mich einfach mal ausreden, ihr Sabbeltüten. Dieser Osama Bin Laden wurde in Afghanistan von den Taliban versteckt.

Enkel 2: Wer ist denn das schon wieder?

Blaubär: Das ist so eine Bande von radikalen Islamisten.

Enkel 3: Opa, dauernd benutzt du neue Wörter, die wir nicht verstehen.

Blaubär: Das geht nun mal nicht anders. Wollt ihr denn nun, dass ich euch das mit dem Hindukusch erkläre oder nicht?

Enkel 1: Schon gut, Opa, erzähl weiter.

Blaubär: Die Taliban, also die, die den Osama Bin Laden versteckt hatten, die wollen, dass die ganze Welt islamisch wird, und dass alle Frauen nur noch mit einem Schleier rumlaufen.

Enkel 1: Und deshalb ist die Bundeswehr am Hindukusch?

Blaubär: So ungefähr.

Enkel 2: Aber weswegen müssen denn bewaffnete, deutsche Soldaten Brücken und Straßen in Afghanistan bauen?

Blaubär: Weil die Taliban das nicht wollen und dauernd Attentate verüben.

Enkel 1: Und wenn die Afghanen selber die Brücken und Straßen bauen würden, würden die auch von den Taliban angegriffen werden?

Blaubär: Tja, das weiß ich auch nicht so genau.

Enkel 1: Opa, ich versteh' jetzt immer noch nicht, warum Deutschland am Hindukusch verteidigt werden soll.

Blaubär: Wenn ich mir's so recht überlege: Ich eigentlich auch nicht.

Hein Blöd: Käpt'n, da ist draußen so ein älterer Herr, Peter Struck oder so ähnlich heißt der. Der fragt an, ob Sie ihn mit Ihrem Schiff bis zum arabischen Meer schippern können. Er ist jetzt auf Rente, sagt er, und will mal wieder zum Hindukusch.

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK